

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2, Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Sein“ mit „Erd- und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 50 Pfennig, Reklamazeile 5. — Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 21. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Zölle treten in Kraft.

Getreidezölle am 1. September.

Was am 12. August vom Reichstag genehmigte Gesetz über Zolländerungen tritt für Getreide, Mältereierzeugnisse, Malz, Vieh, frisches Fleisch und Zucker am 1. September, für Wein aus handelspolitischen Gründen erst am 16. Oktober.

für alle übrigen Waren, mit Ausnahme der Ferrolegierungen der T-Nr. 860 B, am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Die erforderlichen umfangreichen Ausführungsanordnungen werden rechtzeitig erscheinen; insbesondere werden die Neudrucke des Gebrauchsolltarifs, des Warenverzeichnis und der Anleitung für die Zollabfertigung spätestens Ende September herausgegeben werden.

Die Steigerung der Preise, die mit der Zollpolitik der Reichstagsmehrheit beabsichtigt war, ist in vollem Gange. Wir werden nach dem Inkrafttreten der Zölle sehr bald erleben, daß die Preise der Lebensmittel um den vollen Betrag des Zolles erhöht sein werden.

Zur gleichen Zeit steigt die Zahl der Arbeitslosen. Täglich werden neue Entlassungen gemeldet. Die Wirtschaftskrise, die die Folge der falschen Wirtschaftspolitik der Rechtsregierung ist, naht heran.

Die Optantenausweisung.

Zug um Zug.

Die polnische Regierung schien in den ersten Augusttagen unter dem Druck der öffentlichen Meinung des Auslandes in der Optantenfrage Bernunft annehmen und von polizeilichen Zwangsmaßnahmen absehen zu wollen.

gegeben. Ministerpräsident Grabstki hat den Nationalisten gegenüber die Versicherung abgegeben, daß nunmehr die Ausweisung in den von Anfang an vorgesehenen Formen und Konsequenzen vor sich gehen werde.

Die deutschen maßgebenden Stellen haben zu der neuen Situation in der Optantenausweisung am Donnerstag Stellung genommen. Während die deutschen Behörden auf die ersten polnischen Zwangsabschübe, die sich erst jetzt bestätigen, noch nicht reagierten, werden nunmehr entsprechend den Erklärungen des Außenministers vom 6. August im Reichstag die deutschen Ausweisungsrepräsentanten Zug um Zug erfolgen.

Severing im Ruhrgebiet.

Verstaatlichung der Polizei.

Essen, 20. August. (WZ.) Der preussische Innenminister Severing traf auf seiner Reise ins Ruhrgebiet heute vormittag in Essen ein. Nach dem Besuch der Stadt setzte er seine Reise nach Gelsenkirchen fort.

Vor versammelter Mannschaft wies der Minister auf die Pflicht hin, die nun von der Schutzpolizei in Verbindung mit der Erfassungspolizei zu erfüllen sei. Der Erfassungspolizei, an die sich Severing dann wandte, sprach er seinen Dank aus für die in schwerer Zeit geleisteten Dienste.

Vorbereitung in Marseille.

Sitzung des Exekutivkomitees.

Marseille, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Exekutivkomitee der Internationale hielt am Donnerstag vormittag seine erste offizielle Sitzung ab, die der Vorbereitung des Kongresses galt.

Norwegisch-deutscher Zwischenfall.

Gegenseitige Ausweisungen.

Oslo, 20. August. (WZ.) „Aftenposten“ veröffentlicht eine Mitteilung aus Berlin, wonach die deutsche Regierung durch den Polizeipräsidenten gegen eine Reihe norwegischer Familien und Einzelpersonen, die in Berlin festen Wohnsitz haben, Ausweisungsbefehle habe ergehen lassen.

Hierzu erklärt der Expeditionschef Johannessen im Außenministerium, daß zwischen der deutschen Gesandtschaft in Oslo, der norwegischen Gesandtschaft in Berlin und der Wohnungsbehörde in Oslo Unterhandlungen im Gange seien.

Der Vorsitzende der Wohnungsbehörde in Oslo teilt mit, daß die Verweigerung der Aufenthaltserlaubnis geschehe, falls die herrschende Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit eine solche Maßnahme wünschenswert erscheinen lassen.

Jahre seien nur sechs Besuche nicht bewilligt worden; es handelte sich hierbei ausnahmslos um unverheiratete Personen.

Hierzu meldet WZ. von unterrichteter Seite: Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß die deutschen Maßnahmen lediglich durch die Maßnahmen der Wohnungsbehörde in Oslo veranlaßt worden sind.

Französische Flugzeuge über Karlsruhe.

Karlsruhe, 20. August. (WZ.) Heute früh kurz vor 8 Uhr erschienen über Karlsruhe vier französische Militärflugzeuge, die aus der Richtung des besetzten Gebiets kamen.

Fast täglich überfliegen jetzt französische Militärflugzeuge unbesetzte badisches Gebiet. Jemandem Verfallener Paragraph soll ihnen das Recht dazu geben.

Marokko.

Abd el Krim verfehlt Unterhändler?

Tanger, 20. August. (Havas.) Zwei diplomatische Unterhändler, und zwar ein Spanier und ein Franzose, haben sich mehrere Wochen lang in Melilla und Tanger aufgehalten, um mit Sendungen Abd el Krims, die man erwartete, in Verbindung zu treten.

Kriegsgegner verurteilt.

Paris, 20. August. (WZ.) Die Strafkammer hat wegen Verteilung von antimilitaristischen Flugchriften zwei Kommunisten und eine Kommunistin zu je vier Monaten Gefängnis und 100 Franc Geldstrafe verurteilt.

Die französische Sicherheitsnote wird laut Havas erst Anfang nächster Woche in Berlin überreicht werden.

Arbeitslohn und Arbeitsleistung

Wo steht die deutsche Arbeiterschaft?

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die entschlossene Fortsetzung des Kampfes um die Goldlohnhöhe als die nächste Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft bezeichnet.

Fast in allen wichtigen Industrieländern sind die Löhne der Arbeiter höher als in Deutschland. Von einer großen amerikanischen Industrie, die in allen Ländern die gleiche Arbeit verrichten läßt, berichtet Professor Dr. Julius Hirsch, daß sie für die gleiche Arbeitsleistung im Oktober 1924 zahlte (in Dollar gerechnet): in den Vereinigten Staaten von Amerika 5,60, in England 2,35, in Deutschland 1,46, in Frankreich 1,36 und in Belgien 1,18.

Das Internationale Arbeitsamt hat die Wochenlöhne der Bauarbeiter in verschiedenen Ländern verglichen und dabei festgestellt, daß im Herbst 1924 Zimmerleute verdienten: in Berlin 46,75 M., in London 82 M., in Philadelphia 201,60 M.

Der Durchschnittslohn männlicher Arbeiter im Staate New York betrug im April 1925 pro Woche 30,81 Dollar = etwa 130 M.

Alle diese Lohnbeträge sind nicht ohne weiteres bei einer Umrechnung in Reichsmark mit deutschen Löhnen vergleichbar. Ihr realer Wert in den betreffenden Ländern entspricht nicht dem deutschen Wert.

Anders steht es in Deutschland. Im Juni 1925 betrug die tariflich festgesetzten Wochenlöhne bei regelmäßiger Arbeitszeit im Durchschnitt für elf große Industriegruppen: für gelernte Arbeiter 42,46 M., für ungelernete Arbeiter 31,90 M.

Infolge der höheren Löhne ist die Lebenshaltung der amerikanischen und englischen Arbeiter ungleich besser als die des deutschen Proletariats. Das wirkt sich nicht nur in besserer Ernährung (höherer Fleischverbrauch usw.) und in besserer Kleidung aus.

Es ist kein Zufall, daß in Deutschland, wo die Löhne heute bestenfalls dem realen Wert der Vorkriegslöhne gleichkommen, auch der Stand der Produktionsmethoden im allgemeinen zu konstatierende Tatsache, daß parallel mit der Bewegung der Lohnhöhe und der Lebenshaltung der Arbeiter der einzelnen Länder die Entwicklung der Qualität und Produktivität der Gütererzeugung in diesen Ländern verläuft.

Es ist kein Zufall, daß in Deutschland, wo die Löhne heute bestenfalls dem realen Wert der Vorkriegslöhne gleichkommen, auch der Stand der Produktionsmethoden im allgemeinen zu konstatierende Tatsache, daß parallel mit der Bewegung der Lohnhöhe und der Lebenshaltung der Arbeiter der einzelnen Länder die Entwicklung der Qualität und Produktivität der Gütererzeugung in diesen Ländern verläuft.

meinen der Vorkriegszeit entspricht. In den letzten zehn Jahren haben sich die Produktionsmethoden in Deutschland kaum verändert, während sie in anderen Ländern gewaltige Fortschritte machten. Besonders gilt das für Amerika. Es sind dort zum Teil leistungsfähigere Maschinen in Betrieb als bei uns. Die Typisierung hat sich schneller entwickelt. Vor allem aber sind die Betriebe besser durchorganisiert.

Auf manche Uebertreibungen des Taylor Systems ist in Amerika eine gewisse Reaktion gefolgt. Die Vorteile dieses Systems für die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft werden beibehalten. Aber dem Raubbau wird entgegen gewirkt, der bei mechanischer Anwendung des Taylor Systems mit der Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeiter getrieben wird. Durch zweckmäßige innere Einrichtung der Betriebe werden alle überflüssigen Arbeitspausen und alle Wege und Anstrengungen zur Herbeischaffung des Arbeitsmaterials ausgeschaltet. Alle Leistungen des Arbeiters kommen unmittelbar der Förderung des Arbeitsprozesses zugute. Von stärkster produktionssteigernder Wirkung war es, als man in Amerika anfangs, die besonderen Stärken und Schwächen der einzelnen Arbeiter genau nachzuprüfen und ihnen dann Arbeiten zuwies, die ihrer besonderen Veranlassung entsprachen. In zweckmäßiger Weise werden Erholungspausen in den Arbeitsprozess eingeschoben. Für weitgehende Gesundheitspflege der Arbeiterschaft wird in den Großbetrieben gesorgt.

Neben der Rationalisierung des Arbeitsprozesses erfolgt in Amerika keine Humanisierung. Diese Entwicklung steht erst am Anfang. Sicher wird auch für den Arbeiter in Amerika noch vieles zu wünschen sein. Es zeigen sich aber doch dort Entwicklungslinien, von denen in Deutschland noch kaum etwas zu bemerken ist. Eine höhere Bewertung der menschlichen Arbeitskraft, die sich nicht nur in besserer Entlohnung ausdrückt, ist die Voraussetzung für einen Wiederaufstieg Deutschlands. Sie allein kann die notwendige Mithilfe der Arbeiterschaft bei der besseren Organisation der Betriebe sichern.

Die mit der niedrigeren Entlohnung der deutschen Arbeiterschaft ohnedies verknüpfte Tendenz zum Absinken ihrer Tüchtigkeit im Verhältnis zu den Arbeitern anderer Länder, haben die deutschen Unternehmer noch verstärkt. Sie haben ihre Macht ausgenutzt zum Bohndruck, zur Verlängerung der Arbeitszeit und zu einer Zollpolitik, die Preis-erhöhungen für Nahrung, Kleidung und Wohnung nach sich zieht.

Den Vorsprung der anderen Länder einzuholen, dazu müßte die Initiative vornehmlich von den deutschen Unternehmern ausgehen. Das entspricht dem Wesen des Kapitalismus. Die politische Entwicklung in den letzten Monaten zeigt uns, daß die deutschen Unternehmer in ihrer übergroßen Mehrheit nicht den Geist neuer Produktionsmethoden begriffen haben. Die Stärkung ihrer Macht, die ihnen das letzte Jahr brachte, benutzten sie, um das Niveau der deutschen Arbeiterschaft herabzudrücken. Noch wird man nicht behaupten können, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter erkennbar zurückgegangen sei. Aber es vollziehen sich im Proletariat gegenwärtig Veränderungen, die auf die Dauer nicht ohne nachteilige Folgen für Deutschlands Wiederaufstieg bleiben können.

In Deutschland herrscht schon seit einigen Jahren ein ständig zunehmender Facharbeitermangel. Die Arbeiterschaft hat aus sich heraus nicht mehr die Kraft, der jungen Generation eine gründliche Berufsausbildung mit auf den Weg zu geben. Immer größer wurde in Deutschland in den letzten Jahren die Zahl der Jugendlichen, die als ungelernete Arbeiter ins Erwerbsleben eintraten.

Tüchtige Facharbeiter wandern aus in die Länder mit besseren Arbeitsbedingungen. Seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren die Auswanderungsziffern von Deutschland nicht mehr so hoch wie in den letzten drei Jahren. Im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg wanderten im Durchschnitt 0,36 Proz. der Bevölkerung aus. Die Auswandererzahlen aus den letzten Jahren sind:

1922	86 527	Personen	= 0,80	Proz. der Bevölkerung
1923	115 416		= 1,87	
1924	68 687		= 0,94	

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres war die Auswanderung noch stärker als im Vorjahre.

Die Auswanderer unserer Zeit sind nicht, wie in früheren Jahren vorwiegend ungelernete Landarbeiter, 50,9 Proz. der ausgewanderten Männer kamen 1923 aus Industrie und Baugewerbe. Elektrotechniker und Feinmechaniker hoben Deutschland in den letzten Jahren in großer Zahl verlassen. Vier Fünftel aller Ausgewanderten siedelten sich in Nordamerika an, wo sie zu dem leistungsfähigsten Teil der Arbeiterschaft gehören.

Finden die Unternehmer aus ihrem Inflationsskandalismus heraus nicht mehr den Weg zu Deutschlands Aufstieg, der es wieder an die Seite der großen Industrienationen führen soll, so müssen die deutschen Arbeiter ihnen diesen Weg zeigen. Sie können und werden sich nicht von der Kurzsichtigkeit der deutschen Unternehmer willenslos auf das Vorkriegsniveau des chinesischen Kulis drängen lassen. Symbol und zugleich Voraussetzung für einen Aufstieg Deutschlands wird und muß die Besserung der Lage der deutschen Arbeiterklasse sein.

Wenn die sozialen Kämpfe der kommenden Zeit dazu führen, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft sich wieder dem Lebensstandard der Arbeiter der ersten Industrieländer annähert, so wird damit die deutsche Arbeiterklasse einen Sieg errungen haben, der mindestens ebenso sehr im Interesse der ganzen Volkswirtschaft wie des Proletariats liegt.

Arbeitslosenversicherung.

Annahme des Gesetzentwurfs im Reichskabinett.

Das Reichskabinett hat, wie wir hören, dieser Tage den vorliegenden Gesetzentwurf zur Schaffung einer Arbeitslosenversicherung angenommen. Die Veröffentlichung des Entwurfs wird nach Klärung einiger noch strittiger, aber untergeordneter Fragen in 8 bis 10 Tagen erfolgen. Der Entwurf baut sich auf den Gedanken der Selbstverwaltung auf, auf den die Gewerkschaften immer besonderes Gewicht gelegt haben.

Die Aga unter Geschäftsaufsicht.

Gläubigerversammlung im Hotel Esplanade.

Die Gläubigerversammlung der Aga, die von der Verwaltung zu gestern nachmittag nach dem Hotel „Esplanade“ einberufen war, und die von dem bekannten Sanierungsrat Kommerzienrat Berthold Manasse geleitet wurde, war sehr stark besucht. Einleitend bemerkte Kommerzienrat Manasse, daß es dem Wesen der Aktiengesellschaft nicht entspreche, wenn von einem Aktionär, selbst wenn er, wie es bei Dr. Stinnes der Fall wäre, die Mehrheit des Aktienkapitals in Händen habe, verlangt werde, daß er sein Privatvermögen diesem Aktienunternehmen zur Verfügung stelle. Aus diesem Grunde sei auch die Forderung des Bankensyndikats unbillig. Es sei aber nötig, daß die Divergenzen zwischen dem Bankensyndikat und der einen und Dr. Stinnes und der Aga auf der anderen Seite beigelegt würden.

Direktor Schmidt begann sein Referat über die Vermögenslage der Gesellschaft damit, daß er erklärte, die Ansicht, als ob die Gesellschaft bankrott sei, sei falsch. Sie leide nur an Illiquidität, es bestehe keine Ueberhäufung. Der Status ergebe eine Schuldenlast von 9 230 000 M., denen an Aktiven 9 340 000 M. gegenüberstünden. In diese Bemerkung seien die Gebäude, Maschinen nicht hineingezogen. Die Gesellschaft habe Rückstände von Schulden, die am 1. Juli fällig waren, 1 Million Mark, am 15. August seien 2 800 000 M. fällig gewesen, während am 15. September 750 000 M. zu bezahlen seien. Um die Bezahlung der fälligen Röhne zu ermöglichen, seien Waren im Werte von 145 000 M. in Lombard gegeben. Unter den Aktiven figuriert eine Schuld, die die Hugo Stinnes-K.G. an das Unternehmen zu zahlen hat, mit 534 000 M., 605 000 M. seien an Lieferanten da, 398 000 M. seien als Voraussetzungen für zu liefernde Waren geleistet worden. Die Bestände an

Rohmaterialien seien mit 3 150 000 M., an Halbfabrikaten mit 3 522 000 M., an Fertigfabrikaten mit 631 000 M. zu bewerten.

Direktor Rohr gab einen Ueberblick über die Produktion. Das Wert habe im Januar 266 Wagen, im Februar 220, im März 308, im April 322, im Mai 366, im Juni 419, im Juli 362 und im August 302 Wagen zur Ablieferung gebracht. Aber es macht sich schon ein Fehler kleinerer Materialteile bemerkbar. Es sei mit einer Produktionsmöglichkeit von 400 Wagen zu rechnen, doch könne diese auf 500 Wagen gesteigert werden.

Ein weiteres Mitglied der Verwaltung gab einen Ueberblick über das Produktionsprogramm, das von 20 Wagen pro Tag ausgegangen sei und das allmählich auf 40 Wagen pro Tag gesteigert werden soll. Nur durch eine spezialisierte Rollenfabrikation sei es möglich, die Herstellungskosten herabzudrücken. Dazu sei erforderlich, daß auch die notwendige Finanzierung erfolge. Die Herstellung gewisser Aggregate müsse an Untertieranten vergeben werden. Und es sei beabsichtigt, in der Fabrik in Vichyberg nur die Motore und Betriebe, in Tempelhof die Hälfte der anderen Aggregate herstellen zu lassen. Wenn dieses Produktionsprogramm durchgeführt werde, sei die Zukunft des Unternehmens gesichert, die Krise sei von außen in das Werk hineingebracht worden, sie sei nicht eine Folge der inneren Verfallung des Unternehmens. Es sei festzustellen, daß die Arbeiterschaft bei dieser Umstellung willig mitgegangen sei. Es wurde dann von der Verwaltung ein Ueberblick über die tatsächliche Produktion vom Januar bis 15. August gegeben, aus der festzustellen ist, daß im Januar 214 Wagen produziert sind und daß sich diese Produktion bis zum Juli um rund 100 Wagen steigerte. Diese Produktion wurde geleistet mit einer Arbeiterzahl von 1952 Mann und von einer Angestelltenzahl von 272 Mann. Es wurde also mit einer Arbeiter- und Angestelltenzahl, die nicht ganz so hoch war, wie die des Vorjahres, die doppelte Produktion erzielt. Als Folge sei zu konstatieren, daß die Herstellungskosten dauernd geringer werden und daß der Untkostenanteil von 285 auf 196 Proz. gesunken sei. Das sei um so mehr zu beifügen, als bei gestiegenen Löhnen, bedeutenden Steuerlasten und erheblichen sozialen Abgaben der Preis für Automobile 60 bis 70 Proz. des Friedenspreises ausmache.

Kommerzienrat Manasse erklärte, daß ihm zwar mitgeteilt sei, es seien Finanzierungsverhandlungen im Gange. Auf Grund seiner bisherigen Erfahrungen allerdings stände er diesen Finanzierungsversuchen sehr skeptisch gegenüber. Wenn das Werk erhalten werden solle, so bleibe nichts anderes übrig, als eine Stundung der Gläubiger zu erzwingen und zu diesem Zwecke habe er und die Verwaltung

die Geschäftsaufsicht beantragt.

Als Aufsichtsperson käme er mit dem Diplomatkaufmann Wunderlich in Frage. Es würde in eine Prüfung des Status und der Rentabilität, unabhängig von den Buchungen, eingetreten und es sei eine prinzipielle Genehmigung der Regierung, an der Befestigung der Schwierigkeiten mitzuwirken, festzustellen, wenn die erwähnten Prüfungen ein günstiges Ergebnis ergäben. Zuerst müsse man natürlich an die Aktionäre herantreten, indem die Aktien zusammengelegt werden und eine Zuzahlung erfolge. Die Lieferungen innerhalb der Geschäftsaufsicht würden natürlich gegen bar erfolgen. Auf Anfrage aus der Gläubigerversammlung wurde dann noch mitgeteilt, daß 92 Wagen verpfändet seien für 304 000 M. Die Bewertung der Grundstücke sei in der Bilanz mit 2 230 000 M. vorgenommen, Gebäude mit 3 666 000 M., Maschinen mit 2 744 000 M. Auf der Passivseite stände das Aktienkapital mit 6 600 000 M. und der Reservefonds mit 680 000 M. Auf dem Grundstücke in Tempelhof stände eine Sicherheitshypothek von 1 200 000 M. für Forderungen säkularischer Aktionäre und auf dem Grundstück der „Deus“ ein Restkaufgeld von 1 500 000 M. Interessant war die Mitteilung eines kleinen Gläubigers, daß schon im Juni die Darmstädter und Nationalbank die Aktepte der Aga, die er für Lieferungen erhalten hätte, zurückgewiesen habe. Mit der Wahl eines Gläubigerausschusses schloß die Versammlung. Dieser Gläubigerausschuss besteht aus dem Rechtsanwalt Dr. Dahlheim von der Bismarckstraße, dem Direktor Müller von der Firma Bosch u. G., dem Direktor Branten von der Kronprinz-Str. 1. G., dem Rechtsanwalt Dr. Reyer-Berlin, Karlsruher Maschinen, und dem Ingenieur Dr. Westermann von der Lindener u. G., Ammendorf.

Goldschmidt gegen Edmund Stinnes.

Essen, 20. August. (ZL.) In einem Interview des Vertreters des „New York American“ mit Herrn Goldschmidt, dem Geschäftsinhaber der Darmstädter Bank und Führer des Stützungs-konjunktions, gab dieser seiner Ansicht Ausdruck, daß die Werke, die Dr. Edmund Stinnes aus der Wasse des Stinnes-Konzerns erhalten

Fast alltägliche Abenteuer.

Von Alfred Hein (Königsberg).

„Seit November bin ich auf der Flucht von Russland — aus Saratow komme ich — plötzlich verfolgte man mich, wollte mich verhaften — ich weiß nicht warum — meist sind es irgendwelche Verleumdungen — denn es geht in Russland wieder besser und man läßt uns auch in Ruhe — ich bin wieder seit 1922 in meinem früheren technischen Bureau tätig gewesen — ja, plötzlich mußte ich heraus — lief, lief eine Nacht — sprang dann in einer kleinen Station auf die Eisenbahn — es war Anfang November, ich hatte gerade mein Gehalt bekommen, 75 Goldrubel — die nahm ich noch schnell mit — fuhr nach Petersburg (ja, jetzt heißt es Leningrad) — stieg ins Schiff, — dann war ich in Riga — wollte weiter nach Berlin, wo mein Bruder bei Siemens arbeitet — Ingenieur — ja, aber da stieg ich in den falschen Zug, kam mit einem nach Wilna — wurde von den Polen verhaftet, hab im Gefängnis 2 Wochen gehungert — wurde dann freigelassen — hatte noch Geld, bis an die deutsche Grenze zu fahren — vor vier Wochen kam ich in Endtkühnen an —

„Und nun?“
„Kein Geld. Mein Name ist Rasnoff. Ich komme zu Ihnen, ich habe eben meinen Ueberziehler verkauft, bekam 8 M. dafür, mir fehlen noch 4,50 M. für das Billett vierter Klasse nach Berlin. Sorgen Sie sie mir. Mein Bruder schickt sie sofort zurück. Ich bekomme auch Arbeit bei Siemens —

„Wo waren Sie die vier Wochen?“
„Ich hatte doch kein Geld. Ich bin von Endtkühnen bis Königsberg zu Fuß gegangen. Die Bauern gaben mir zu essen. — Ja, schlafen konnte ich auch meistens irgendwo in einem Winkel.“
Wir unterhielten uns. Rasnoff kamte Deutschland, er sprach auch deutsch, er war in Petersburg zur deutschen Schule gegangen. 1912 ging es seinen Eltern sogar so gut, daß sie alle in Wiesbaden waren. Rasnoffs Augen glänzten, als wenn er an Märchen dachte, wie er plötzlich seinen harten Aktent ganz weich verändert und „Wiesbaden . . .“ fast lächelt.

Nun sieht er ausgemergelt, in dürrigem Anzug vor einem, war in fürchterlicher Kälte einfam durch die weiße ostpreussische Heide gewandert, von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt — so viele Wochen eine Bestirnte, die der D-Zug in ebensoviele Stunden durchweilt. Unzählige Male wird der D-Zug an ihm, dem ein Schreitenden vorübergehulst sein. Menschenblicke werden ihn getroffen haben, aber keiner hat sich länger als nötig nach ihm umgewendet.

„Seit 11 Wochen die erste Zigarre“, sagt er, als ich ihm eine anbiete.

Er raucht mit solchen Behagen, daß ich merke, wie er ungern dabei spricht. — Inzwischen kommt auch etwas Essen auf den Tisch, das ich für ihn schnell bereite. Ich

Er bemüht sich, nicht zu schlagen. Aber die Augen flackern doch vor fast herrlichem Genuß.

Dann ein dankender Händedruck, ein paar Worte der Beteuerung, das Geld sofort von Berlin zurückzuschicken, und — Rasnoffs Schicksal entschwebt wieder dem Strome meines Daseins.

Wie hätte mich das alles vor einem Jahrzehnt aufgeregt, aufgewühlt. Wäre ich damals schon so alt wie jetzt gewesen, ich hätte plötzlich geglaubt, „endlich“ den Romanstoff gefunden zu haben.

Aber bist du nicht selbst inzwischen wochenlang von Dorf zu Dorf gezogen, damals in Galizien, von der Kampftruppe verschlagen? Und Tod . . . Verfolgung . . . Not . . .

Und wie oft hat man inzwischen mit „Flüchtlingsen“ gesprochen? Wie sagt man es heute leichtbin „auch ein russischer Flüchtling“ oder ein „Ruhrflüchtling“ oder sonstwoher. All das klingt so alltäglich.

Krieg, Tod und Not sind keine pathetischen Dinge mehr. Menschliches, Allmenschliches sind sie geworden.

Und leben wir nicht alle immerfort die letzten Jahre auf der Flucht vor irgendwem? Der Eine traut fast schon dem nachbarlich wohnenden Anderen nicht mehr. Der Feind jenseits der Grenze, der Gegner diesseits unläutern das an sich schon ja dürftige Leben noch mit Haß und Neid. Wer weiß, wie bald, lieber armer Rasnoff, bist du auf der Flucht, und der Zufall will es, daß du dann noch geborgen bist, wenn ich an deine Tür klopf —

Ja, vor zehn Jahren hätte ich einen Roman aus deinen Erlebnissen zu machen versucht. Heute? Das Leben schreibt tagaus, tagein solche fürchterlichen Dinge wie du sie erlebst, tausendfach mit Blut an den Himmel. Wer aber blickt selbst zu dieser Blutschrift auf?

Was nützt es, wenn ich mit dichterischen Gefühlen deinen „Roman“ schreibe, es gibt ja heute schon Millionen Rasnoffs — und jeder fühlt die Unsicherheit des Daseins, eines Tages auch „auf der Flucht“ zu sein vor irgendwem, vielleicht auch nie zu erkennenden Mächten.

Mächte — Mächenschaften — Zufälle —
Eines Tages rollt ihnen auch meine Seele in den Weg.

Dann flüchtet sie oder — erschlägt.
Ewig verfolgt sein oder ewig gefangen oder ewig tot, ist darin noch ein Unterschied?

Und die Welt ist schon voller Häßer und Bluthunde.
An Liebe und Frieden zu denken, lockt Hohn um die Lippen der anderen und auch um die eigenen Lippen.

Wandmal ist dies der einzig tröstende Gedanke: Eines Tages nicht mehr zu feige sein, sich selbst zu besenden, ehe die dunkle Flucht beginnt, die Jagd nach dem nackten Leben, die Vernichtung des Ichs — ehe das Freie verzweifelt, aufschreit im Verfolgungswahn.

Menschen sind vor Menschen auf der Flucht. Nicht vor Wölfen oder Hyänen. Und nicht, weil sie selbst Wölfe oder Hyänen sind. Sondern vielleicht gerade, weil sie — Menschen sind . . .

Verhaftung des Dichters Johannes R. Becher. Wie wir hören, ist der Dichter Johannes R. Becher während seines Urlaubs in Württemberg auf Grund eines telegraphischen Haftbefehls verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte auf Grund einer Anweisung des Oberreichsanwalts, der in den Schriften Bechers Vorbereitung zum Hochverrat erblickt. Inkriminiert ist vor allem das kürzlich beschlagene Buch „Der Reichnam auf dem Thron“. Becher wird ferner vorgeworfen, sich der Aufreizung zum Klassenhaß und der Gotteslästerung strafbar gemacht zu haben.

Die Russische Akademie der Wissenschaften hat zu der bevorstehenden Feier ihres 200-Jahr-Jubiläums, die am 8. September beginnen soll, einen Bericht über den Bestig und die Institutionen dieser wissenschaftlichen Körperschaft veröffentlicht. Die Akademie besitzt 10 Museen und 3 wissenschaftliche Laboratorien. Die Zahl ihrer verschiedenen Institutionen beträgt 43. Sie bildet 21 Kommissionen, von denen jede eine selbständige Körperschaft darstellt. Die Verwaltung der Akademie wird von der sogenannten Konferenz ausgeübt, welcher 42 Mitglieder der Akademie angehören. Die Bibliothek ist die drittgrößte in Russland. Während der Jubiläumstage wird die Akademie 20 wissenschaftliche Ausstellungen verschiedener Art veranstalten, auch sollen dann 100 Publikationen über die Geschichte und die Leistungen der Akademie herausgegeben werden. — Der Sekretär der Akademie Prof. Oldenburg empfing dieser Tage im Gelehrtenhause in Moskau die Vertreter der ausländischen Presse und machte ihnen einige Mitteilungen über das bevorstehende Jubiläum: man hoffe, den ausländischen Gelehrten, welche als Gäste an der Feier teilnehmen werden, zu beweisen, daß nach den Jahren des Weltkrieges und der Revolution die Akademie wiederum ihre volle Arbeitsfähigkeit erlangt habe. Diejenigen Ausländer, die 1913 in Petersburg an dem internationalen Akademikerkongress teilgenommen hätten, würden jetzt in der Lage sein, die Russische Akademie von damals mit der jetzigen zu vergleichen. Für die russischen Akademiker sei der Besuch ausländischer Gelehrter eine große Freude und Genugung, denn er beweiße, daß auch die schrecklichsten Kriege die Ränner der Wissenschaft nicht dauernd trennen könnten.

J. C. Heer, der bekannte schweizerische Schriftsteller, ist in Zürich im Alter von 66 Jahren gestorben.

Unschärft in Paris. Nach einer Meldung des „Quotidien“ ist der sonjetturliche Unterrichtsminister Unschärft in Paris eingetroffen, um Verhandlungen mit dem französischen Unterrichtsminister de Monle über gemeinsame Arbeit auf dem Gebiete der Wissenschaft zu führen. Es wird beabsichtigt, ein besonderes Arbeitsbureau zu gründen.

Einbedung einer vorgezeichneten Siedlung in Ostpreußen. Bei Aus-schachtungen für den Bau einer Eisenbahnrampe im Kreise Soldau wurden Reste von vorgezeichneten Gräbern gefunden. Die weiteren Nachforschungen ließen Reste von Wohnanlagen erkennen, die von einem Dorfe aus etwa dem hirtten oder fünften Jahrhundert herzurühren scheinen. Diese Entdeckung läßt für den Forscher interessante Schlüsse auf die Bau- und Wohnweise der ältesten Bewohner Russlands zu.

Eine post- und telegraphenwissenschaftliche Woche wird von der Verwaltungsakademie in Berlin gemeinsam mit dem Reichspostministerium in der Zeit vom 3. bis 10. Oktober veranstaltet werden. In einer Reihe von Vorträgen sollen dabei von hochinteressanten aktuellen Gebieten wie „Fernsprechpolitik der Deutschen Reichspost“, „Fernsprechbetriebsfragen“, „Postrecht und Wirtschaftslieben“, „Das deutsche Postwesen“ u. a. behandelt werden. Dann finden auch Vorträge über verschiedene Betriebe der Post-, Telegraphen- und Fernsprechverwaltung statt.

Professor Dr. Bachat-Donn wurde zum kommenden Wintersemester für die Professur der Pharmakologie nach Romno berufen.

Die Urform der Märchen von 1001 Nacht. Bei der Neuordnung der Staatsbibliothek in Leningrad wurde ein sehr altes Manuskript in persischer Sprache gefunden. Das Manuskript wurde der Sowjetakademie der Wissenschaften zur Erforschung seines Inhalts übergeben. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Handschrift aus dem ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung stammt und die Urform der berühmten Märchen aus 1001 Nacht enthält.

haben, unbedingt an die Hauptmasse zurückfallen müßten, da Dr. Edmund Stinnes die Hauptursache für die Vermehrung der Schulden des Konzerns in Höhe von nunmehr 100 Millionen Mark innerhalb des letzten Jahres gewesen sei. Direktor Goldschmidt ist der Ansicht, daß diese Werte nicht nur aus moralischen, sondern auch aus geschäftlichen und legalen Gründen zurückgegeben werden müßten. Dr. Stinnes-Konzern, soweit er nicht auf der Idee des Verfallstrafes basiert, sei ein reines Inflationsprodukt gewesen. Die Söhne Stinnes hätten nach der Stabilisierung die Expansionspolitik des Vaters in falscher Weise fortgesetzt. Es sei nicht unbedingt nötig, die Werte von Dr. Edmund Stinnes in die Masse zurückzugeben, um Deckung zu schaffen. Es würde aber zur Wiederherholung der Industrie und der ganzen Wirtschaft beitragen, wenn die Werte zurückgegeben würden. Statt dessen habe Edmund Stinnes diese Werte zum Teil für einen sehr geringen Gegenwert (ein Drittel) nach dem Ausland verkauft. Der Fall Aga habe nichts mit der Stinnes-Liquidation zu tun. Man könne aber einem Wert, bei dem Dr. Stinnes seine falschen Rechenarten fortsetze, die den Stinnes-Konzern zu Fall gebracht hätten, keinen Kredit bewilligen.

Achtung, Fememörder! Nicht verhaften! Ein bayerischer Steckbrief.

Munich, 20. August. (Eigener Bericht.) Der völkische Fememörder an dem Kellner Hartung, der 1919 bei Judmarthausen (Bayer. Schwaben) begangen wurde, ist immer noch nicht gefasst. Der Mordtat verdächtig ist der damalige Student und spätere Holzhandler August Deurer, geboren 1888 in Judmarthausen. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat gegen den flüchtigen Deurer schon im Vorjahr einen Steckbrief wegen Mordes erlassen und erneuert nun diesen Steckbrief, indem sie für sorgfältig der Ausschreibung beifügt: „... ist beim Antreffen nicht zu verhaften, dagegen sein Aufenthalt beim Bekanntheitswerden ungeklärt der Polizeidirektion München mitzuteilen.“ — Taß die Polizei in einem Mordsteckbrief ausdrücklich anordnet, den des Mordes Verdächtigen nicht zu verhaften, dürfte — von Stiba zum Trost — wenigstens außerhalb Bayerns doch noch nicht dogmatisiert sein.

Unser Amnestieverrat. Eine neue Walse der Kommunisten.

Genosse Otto Meier schreibt uns: Die „Rote Fahne“ braucht Jändstoff. In der Mittwochs Ausgabe schreibt sie in knalligen Lettern über „heißelosen Amnestieverrat der Sozialdemokraten“. Eine neue Walse, eine schmetternde Fanfare.

Das Bemühen, den vermaledeiten Sozialdemokraten die Schuld dafür aufzubürden, daß im Ständigen Ausschuss des Landtags die preußische Amnestienerordnung nicht so gestaltet wurde, daß sie auch den Beifall der Kommunisten finden konnte, ist unehrlich. Die kommunistischen Vertreter wissen sehr genau, daß das Schwerkriegsgericht den Verhandlungen im Unterausschuss lag, daß in diesem Unterausschuss fast alle positiven Verbesserungsvorschläge der Kommunisten und Sozialdemokraten von den bürgerlichen Vertretern niedergestimmt wurden, daß hier die Verordnung ihre endgültige Form bekam und die Wiederholung der Anträge im Plenum des Ausschusses bei dessen Zusammensetzung nur eine Demonstration sein konnte. Deshalb haben sich die Sozialdemokraten auf die Abgabe einer Erklärung beschränkt, in der sie mit aller Deutlichkeit nochmals ihre Vorbehalte zum Ausdruck brachten.

Bleibt es belohnt aber doch hier und da einer der kommunistischen Arbeiter diese Zeilen zu Gesicht. Was wird er dazu sagen, daß die kommunistischen Abgeordneten nach der Erklärung des Justizministers, daß die Regierung sich auf keine Erweiterung ihrer Vorlage einlasse und daß diese als Ganzes nur angenommen oder abgelehnt werden könne, bereit waren, diese ohne jede Verbesserung (die aber tatsächlich hineingearbeitet wurde) zu schließen, nur um sie nicht zu gefährden. Ihre Anträge wollten sie bei Wiederzusammentritt des Hauses im Herbst einbringen.

Was wird der einfache kommunistische Arbeiter dazu sagen, daß, soweit die Vorlage verschlechtert wurde, die kommunistischen Abgeordneten daran die alleinige Schuld tragen. Die Vorlage sah vor, alle Delikte des Landesverrats, soweit sie durch öffentliche Bekanntmachung erfolgten (z. B. Bekanntgabe geheimer Waffenlager durch die Presse), zu amnestieren. Den Kommunisten blieb es vorbehalten, diese Bestimmung durch ausdrücklichen Antrag auf die Fassung „Inwiefern die Tat durch innerpolitische Beweggründe veranlaßt ist“, bedeutend einzuschränken. Jeder, der den Kampf des Pazifismus gegen die geheimen Rüstungen der Kriegsbegierigen Rechtsradikalen und für den Frieden Europas kennt, weiß, was diese Verschlechterung durch die Kommunisten bedeutet. Unser Antrag, die bedeutend erweiterte Fassung der Regierungsvorlage wieder herzustellen, wurde von den Kommunisten und den Rechtsparteien niedergestimmt.

Der einfache kommunistische Arbeiter mag diese Tatsachen mit dem Geschrei der „Roten Fahne“ vergleichen.

Für die wilden Männer der „Roten Fahne“ gibt es nur eine Diagnose: der Fall ist hoffnungslos.

Die Amnestie wirkt.

Leipzig, 20. August. (TU.) In dem Prozeß gegen die Kommunisten Schneider, Raier, Stegmeier und Leibfährth vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte der Gerichtshof heute nachmittags folgenden Beschluß: Alle Angeklagten werden auf Grund des Amnestiegesetzes vom 19. August 1925 sofort auf freien Fuß gesetzt. Das Verfahren wird eingestellt und die Kosten werden von der Staatskasse übernommen.

Reichsrat und Lohnsteuer.

Der Reichsrat billigte am Donnerstag nachmittags die vom Reichstag getroffene gesetzliche Bestimmung, daß die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorzulegen hat, der eine Erhöhung der Abzüge bei kinderreichen Familien und des steuerfreien Lohnbetrages vorsieht, wenn das Einkommen aus der Lohnsteuer vom Oktober 1925 bis zum 31. März 1926 oder später in zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren 600 Millionen Mark übersteigt. Bayern allein erhob Einspruch gegen den Beschluß des Reichstages, der bei der Verabschiedung der Steuererhöhung auf Veranlassung der Sozialdemokratie gefaßt wurde. Der Vertreter Bayerns fand aber keine Unterstützung bei den übrigen Ländern. — Den Gesetzentwurf über die Versorgung der Beamten des Reichswasserschutzlehnte der Reichsrat ab, erkannte allerdings an, daß die Versorgung dieser Beamten entsprechend der Versorgung der Polizeibeamten der Länder möglichst bald geregelt werden müsse. Schließlich erklärte sich der Reichsrat damit einverstanden, daß von den im Haushalt für 1925 vorgesehene drei Millionen zur Abgeltung von Schäden und Hilfsmaßnahmen in besonderen Notfällen im besetzten Gebiet sofort 1 1/2 Millionen verwendet werden, daß ferner die Erhöhung des Reichsbeitrages zur Jahraufhebung der Rheinlande um 100 000 M. sofort ausgezahlt wird und von den sogenannten kulturellen Fonds für die besetzten Gebiete gleichfalls sofort 1 1/2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Produktionsproblem und Gewerkschaften.

Die Stellung der Gewerkschaften zu Staat und Wirtschaft.

Stuttgart, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes hielt am Mittwoch nachmittags Genosse Tarnow ein groß angelegtes Referat über die Stellung der Gewerkschaften zum Staat und zur Wirtschaft. Er führte aus:

Das Produktionsproblem kann in der kapitalistischen Wirtschaft nicht ideal gelöst werden, weil dem das System der kapitalistischen Wirtschaft entgegensteht. Wir fordern die Beseitigung des kapitalistischen Systems als Gewerkschaftler, um die bestmöglichen Lebensverhältnisse für die Arbeiterschaft zu erlangen. Aber die Beseitigung des kapitalistischen Systems ist keine einmalige Aktion, sondern ein Entwicklungsprozess. Während dieses Prozesses müssen die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft täglich verbessert werden. Das sind die beiden Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung. Das Primäre ist dabei die Verbesserung der Lebensbedingungen. Glücklicherweise laufen aber beide Aufgaben in der gleichen Richtung. Kapitalistische Wirtschaft heißt planlose Einzelwirtschaft, Beherrschung der Produktionsmittel durch ihre Besitzer und Tributpflichtigkeit der Arbeiter gegenüber dem Kapital.

Die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft

hat an ihr selbst die Tendenz zu ihrer Ueberwindung durch Konzentration erzeugt, die zu Syndikaten, Kartellen und Trusts führt. Wir dürfen uns dieser Entwicklung nicht grundtätig entgegenstellen, sondern müssen angesichts der aus ihr entspringenden sozialen Gefahren fordern, daß die Trusts dem Einfluß der Gesamtheit unterstellt werden. Das Monopol der Produktionsmittel in der Hand des Kapitals ist heute schon durch die Konzentrationsbewegung wesentlich beeinträchtigt. Wir müssen über die Konzentration der Wirtschaft und ihre Kontrolle unter unserer Mitwirkung zur Brechung des Monopols der Produktionsmittel in der Hand des Kapitals kommen. Wenn es den Gewerkschaften gelänge, die Arbeitskraft, die dem Monopol der Kapitalisten entzogen ist, reiflos zu monopolisieren, wäre es mit dem Diktat der Kapitalisten vorbei. Die Gewerkschaften haben die Monopolrechte des Kapitals doch schon in wesentlichen Punkten durchbrochen. Die Gewerkschaften als Schlichter der menschlichen Arbeit haben doch schon ein gut Teil mitzureden. Der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrag kann durch eine aktive Lohnpolitik und durch eine aktive Staatspolitik auf steuerlichem Gebiet angegriffen werden. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist nicht eine einmalige Entscheidungsschlacht, sondern auf unserer Seite ein stetes Vorwärtstreiben auf allen Teufen der Front, wobei nicht die Einzelheiten, sondern die Gesamtlage entscheidend ist. Das nächste Ziel ist

die Mitwirkung der Arbeiter in der Wirtschaft.

Politisch ist die Demokratie formal und praktisch erreicht, wirtschaftlich noch nicht einmal formal, geschweige praktisch. Der Weg ist nicht der Weg der Gewalt unter der Parole: alles oder nichts, sondern nur der Weg des Eindringens in die kapitalistische Wirtschaft, wie die politische Klassenherrschaft nur durch Eindringen in den Staat überwunden wurde. Wir haben beim heutigen Stande des Reallohns noch Möglichkeiten zur Verbesserung des Reallohns durch Vergrößerung des Anteils der Arbeit am Arbeitsertrag. Aber das allein würde keine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung ermöglichen. Eine solche ist nur möglich durch Steigerung des Produktionsertrages.

Gewerkschaftspolitik heißt, auch produktionsfördernde Politik treiben.

Produktionssteigerung heißt aber nicht einfach Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen, sondern zunächst einmal Vermehrung der Zahl der produktiv Tätigen. Die Zahl der unproduktiv Tätigen in Handel, Geldumschlag, Verwaltung ist heute noch zu groß. Vor allem ist die Wirtschaft mit einer Ueberzahl überflüssiger Handelsgeschäfte belastet, deren Beseitigung eine Steigerung der Produktion durch Vermehrung der produktiv Tätigen bedeuten würde.

Die andere Möglichkeit zur Produktionssteigerung ist

die Intensivierung der Arbeitsleistung.

Mehr Arbeitsleistung pro Stunde. Dagegen wird eingewandt, daß der Mehretrag doch dem Unternehmer zufließt, daß damit eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit verbunden sei und daß schließlich die stärkere Anspannung der Arbeitskraft nur verhängnisvolle Ausbeutung bedeute. Tarnow weist darauf hin, daß erfahrungsgemäß beim

Sinken der Produktionsleistung der Lohnanteil am Ertrag viel mehr sinkt als der Kapitalanteil, weil er leichter zu verringern ist. Bei steigender Produktivität vergrößert sich die Lohnsumme nicht nur absolut, sondern auch relativ zum Kapital und umgekehrt. In Ländern mit zurückgebliebener Produktion ist die wirtschaftliche Lage der Arbeiter absolut und relativ schlechter als in Ländern mit fortgeschrittener Produktion. Eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch Intensivierung der Produktion tritt ebenso wenig ein, wie sie mit der Einführung der Maschine eintritt ist. Der Weg zur Produktionssteigerung geht nur über eine technische Revolution, Entwicklung der Technik, Arbeits- und Wirtschaftsorganisation ist die Parole. Durch sie haben die Amerikaner trotz Steigerung der Löhne die beherrschende Stellung ihrer Industrie in der Weltwirtschaft errungen. Wir werden zwangsläufig mit

einer Amerikanisierung unserer Wirtschaft

rechnen müssen, der wir in unserer weltwirtschaftlich gebundenen Wirtschaft nicht ausweichen können.

Wie stellen sich die Gewerkschaften zu den amerikanischen Intensivierungsmethoden? Die Intensivierung berührt stets auch den Arbeiter irgendwie ungünstig durch Zunahme der Arbeitsleistung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses durch die Maschine. Aber wenn die Intensivierung der Produktion nur durch Mechanisierung möglich ist, können wir uns gegen die Entwicklung nicht stemmen, sondern müssen sie zu beeinflussen suchen, um ihre Schäden zu überwinden. Zur Intensivierung der Produktion können die Gewerkschaften durch eine aktive Lohnpolitik beitragen. Wo die Arbeitszeit kurz und der Lohn hoch ist, ist der Zwang zur Intensivierung der Wirtschaft da. Das hat die Entwicklung in Amerika bewiesen, wo die Wirtschaft die Höherbelastung durch Löhne in den Kriegsjahren des Bürgerkrieges und des Weltkrieges durch Mechanisierung, Typisierung und Normalisierung der Produktion erträglich gemacht hat und noch weiteberrückfähig auf dem Weltmarkt geblieben ist. Zur aktiven Lohnpolitik muß eine aktive Wirtschaftspolitik kommen, die Wahrnehmung jeder Möglichkeit zur Mitwirkung in der Wirtschaft. Der neue Staat gibt dazu vermehrte Möglichkeiten durch die demokratisch-parlamentarische Verfassung und durch das Mitbestimmungsrecht bei den Aufgaben der Staatspolitik. Wir dürfen uns nicht als Feinde außerhalb des Staates stellen, wir müssen in den Staat hineingehen, aktive Politik treiben. Im alten Staat war die Wirtschaft der Politik entzogen, eine Privatangelegenheit der in der Wirtschaft Tätigen;

der demokratische Staat muß Wirtschaftspolitik treiben.

Die Demokratie im Staat verdrängt keine Autokratie in der Wirtschaft. Die Voraussetzungen des heutigen Staates zwingen uns, Politik zur Vertretung unserer wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu treiben. Dazu bedarf es nicht der unmittelbaren parlamentarischen Betätigung oder gar der Bildung einer gewerkschaftlichen Parlamentarierpartei in Konkurrenz zu den bestehenden politischen Parteien. Von den politischen Parteien, besonders den Arbeiterparteien, müssen wir fordern, daß sie alle Möglichkeiten fördern helfen, die es uns gestatten, außerparlamentarisch unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vertreten. Es gilt die Gewerkschaftsmitglieder in den politischen Parteien für die Vertretung der Ziele der Gewerkschaften zu mobilisieren.

Die Ausführungen des Referats wurden in einer Entscheidung zusammengefaßt, die der Referent dem Verbandstag zur Beschlußfassung vorlegte. Sie erkennen die Verbesserung der Produktion und der Wirtschaftsorganisation als eine wichtige Voraussetzung für die Hebung der Lebenslage und die Sicherung der Existenz der Arbeiter an. Diese kann aber nicht in Verlängerung der Arbeitszeit, Niedrighaltung der Löhne und Abbau der Sozialpolitik bestehen, sondern in Steigerung der Massenkraft durch hohe Reallohne, rationelle Arbeit auf höchster technischer Stufe und sorgsame Pflege der sozialen Erfordernisse. Um diese Entwicklung zu fördern, müssen die Gewerkschaften ihre ganze Macht ausbieten, um maßgebenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und auf die Wirtschaft selbst zu gewinnen. Dazu gehört die Demokratisierung der Wirtschaft insbesondere durch Vermittlung und Ausbau der im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen wirtschaftsparlamentarischen Einrichtungen.

Teure Prinzen — teure Anwälte.

Die Liquidation eines prinziplichen Anwalts.

Bekanntlich hat der preußische Staat seine Klage gegen den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen auf Herausgabe einiger seiner Güter verloren. Das Urteil hat Rechtskraft erreicht und der Potsdamer Anwalt des Prinzen, Justizrat Pin — der Prinz selbst weilt ja seit Jahren in Lugano — hat seine Kostenrechnung auf dem Landgericht Potsdam für den Staat eingereicht. Sie beträgt 210 000 Goldmark.

Der drusische Aufstand.

Erklärungen des Drusenführers.

Ein Berichterstatter der „Voss.-Ztg.“ konnte ins Hauptquartier der Drusen zu Modjib gelangen. Der Sultan Atrach Pascha, Kommandant der kassabischen erklärte ihm u. a.

„Der französische Druck auf das drusische Volk war ganz unerträglich geworden. General Sarrail hatte sich nicht einmal bereit finden wollen, unsere Abgesandten zu empfangen und unsere Beschwerden gegen den Gouverneur Carbillat (der inzwischen abgesetzt ist. Red.) entgegenzunehmen. Alle Rechte, die uns die Franzosen 1921 zugestanden hatten, waren mißachtet worden. Man hat unsere Führer verhaftet und jeder Denunziation Folge gegeben. Ich kann Ihnen versichern, daß trotzdem die Ursache nur das Mißtrauen der Besatzenden des drusischen Volkes war, der Aufstand keineswegs nur eine lokale Bedeutung hat, sondern, daß er als Beginn eines allgemeinen Aufstandes in Syrien aufzufassen ist.“

Parlamentäre, die zu dem französischen Oberkommandanten abgefragt waren, gaben dem Berichterstatter die folgenden französischen Friedensbedingungen bekannt:

„Die Drusen haben 1. 5000 Pfund Kriegsschadigung zu zahlen, sie haben 2. alle durch Bländereien oder sonstige geschädigten Kaufleute voll zu entschädigen, und sie müssen 3. die bei den Kampfhandlungen erbeuteten Waffen zurückgeben.“

Sultan Atrach erklärte, daß seine Antwort lautet werde, diese Forderungen seien für die Drusen unannehmbar. Nicht die Franzosen, sondern die Drusen selbst fühlten sich als die Angegriffenen. Daher hätten die Franzosen Kriegsschadigung zu zahlen. Eine Entschädigung der drusischen Stämme für das ihnen zugefügte Unrecht verlange er nicht. Das drusische Volk werde sich selbst zu einer Entschädigung verhalten.

„Freiwillig werden mir die erbeuteten Waffen an die Franzosen nicht zurückgeben. Wir haben sie mit unserem Blut erkaufte und werden sie behalten.“

Als der Journalist dem Sultan sagte, daß die Franzosen doch anscheinend die Forderungen der drusischen Parlamentäre an-

genommen hätten, was die Amnestie und die Autonomie anbetreffe, so daß Djebel-Drus unter einem drusischen Gouverneur stehe und von einem drusischen Staatsrat verwaltet werden könne, erwiderte der Sultan, mit einer bloßen Autonomie des drusischen Gebietes könne er sich nicht zufrieden geben. Er verlange mit seinem ganzen Volk die

völlige Unabhängigkeit ganz Syriens.

freies Parlament, ein nationales Heer, nationale Regierung und einen König oder Präsidenten als Staatsoberhaupt. Die Franzosen müßten sich damit begnügen, ähnlich wie die Engländer im Irak, nur als Berater zu fungieren. Die Franzosen hätten in Syrien insgesamt 6000 Mann, seien in Marokko überall in Anspruch genommen und außerstande, Verstärkungen zu schicken. Andererseits habe er, der Sultan, viele Freunde und Bundesgenossen. Wenn Frankreich es wagen sollte, das Drusenvolk anzugreifen, werde in ganz Syrien der Aufstand ausbrechen.

Der Berichterstatter hat den Gesamteindruck, daß die politische Lage als sehr ernst aufzufassen ist, weil der Sultan von zahlreichen syrischen Abgesandten zu weiterem Widerstand ermutigt werde, und weil der Sultan offenbar auch mit einem Aufstand in Damaskus rechne und darum trotz der Entsendung seiner Parlamentäre in Wahrheit nicht geneigt sein dürfte, ernsthaftige Friedensverhandlungen zu beginnen.

Londoner Bestätigung.

Paris, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus englischer Quelle dauern die Verhandlungen in Syrien zwischen den ausländischen Drusen und den französischen Behörden fort. Die Drusen sollen die Räumung des Djebel-Drus durch die französischen Truppen, den Wiederaufbau aller durch französische Beschädigung aus der Luft zerstörten Gebäude, die absolute Freiheit des Waffenhandels und die Verminderung der Zahl der französischen Kontrollbeamten auf 5 verlangen. Das Außenministerium in Paris hält sich in Schweigen und behauptet, keinerlei weitere Nachrichten von General Sarrail über die Vorgänge in Syrien erhalten zu haben.

Attentat auf Alfons? Nach Gerüchten, die der „Voss. Ztg.“ aus Lissabon gemeldet werden, soll in Santander auf das Auto des Königs Alfons geschossen, er leicht am Arm verwundet, der Chauffeur und ein Adjutant getötet worden sein. Der in Valencia weilende spanische Arbeitsminister dementierte die Nachricht nicht, sondern lehnte nur jede Auskunft ab. Gabas meldet gegenüber allen spanischen Dementis, das Attentat sei versucht, aber verhindert und Alfons nicht verletzt worden.

Er mordung eines Kanton-Ministers. In Kanton ist Biao-Hung-Hoi, ein radikales Mitglied der Kantonregierung, meuchlings ermordet worden.

Wie der Polizeihund lernt.

Wer vom Bahnhof Jangschleuse unweit Erkner dem idyllischen Grünhaid zutreibt, wird plötzlich mitten im Walde durch lautes Hundegebell begrüßt. Fern dem hastenden Getriebe der Großstadt, liegt die unter der Leitung des Polizeioberleutnants Schönherz stehende staatliche Polizeihundzucht- und Dressuranstalt. Hier werden alle für Polizeizwecke geeigneten Hunde, vorwiegend aber Schäferhunde gezüchtet und abgerichtet. Aus allen Teilen Preußens kommen Polizeibeamte hierher, um in einem dreimonatigen Kursus zu Diensthundführern ausgebildet zu werden. Jeder Beamte behält in der ganzen Ausbildungszeit denselben Hund und nimmt ihn später auch an seinen Dienort mit. Wenn man von einem Polizeihund gute und zuverlässige Arbeit erhoffen will, muß man viel Geduld und Mühe aufwenden.

Der Appell.

Das ABC jeglicher Abrichtung ist der Appell, d. h. der unbedingte Gehorsam des Hundes. Auf den leisesten Anruf oder Wink seines Herrn muß er sofort hören und darf dem Führer bei keiner Gelegenheit „aus der Hand gehen“. Ehe das nicht erreicht ist, ist ein weiteres Einarbeiten unmöglich. Im weiteren Verlauf der Übung lernt der Hund zuerst mit, später ohne Leine folgend an der linken Seite seines Führers gehen, ohne sich vorzudrängen oder zurückzubleiben. Ob plötzlich rechts oder links abgebogen oder kurz kehrt gemacht wird, stets muß der Hund stets „bei Fuß“ bleiben. Es folgt dann das Einüben von „Sch Dich“, „Auf“, „Nieder“ und „Halt“. Die ersten beiden Begriffe „Sch Dich“ und „Auf“ dem Tier klar zu machen, erfordert meist nicht allzu große Mühe, mehr dagegen die beiden letzteren. Zum „Nieder“ gehört nicht nur das Niederfallen des Hundes, sondern vor allem das längere Verweilen

soff. Doch auch dieses lernt er schließlich; bald bleibt er willig liegen, bis er abgerufen wird. Ebenso ist es mit dem sofortigen „Halt“ auf der Stelle. Wenn der Führer mitten in schnellster Gangart oder im vollsten Lauf halt macht, muß auch sein Hund auf der Stelle stehen. Wenn er angeleint ist, macht er das ja auch zumeist; geht er aber ohne Leine, wird er zuerst immer „durchgehen“; doch mit Fleiß und Ausdauer bringt man ihm auch das sofortige „Halt“ bei. Das „Lautgeben“, d. h. Bellen auf Kommando, fällt, so einfach es auch scheinen mag, nicht immer jedem Hunde leicht. Um ihm das beizubringen, bedient man sich mehrerer Kniffe. Einer besteht darin, daß man dem Hund einen Lederbissen vor die Nase hält und ihm zuruft „Ob Laut“. Er macht das zuerst nicht, sondern will den Lederbissen ergreifen. Nun zieht man ihn immer wieder weg unter fortwährender Aufforderung, Laut zu geben. Er wird schließlich ärgerlich darüber und bellt. Unter Lobworten bekommt er den Bissen, man hat gewonnenes Spiel. Wird die Übung öfter wiederholt, so gibt der Hund sofort auf Befehl „Laut“. Eine andere Übung ist das Verweigen des Futterers aus fremder Hand. Ein Gefährte reicht dem Hund einen Köder. Will er zuschnappen, folgt auf dem Fuße ein strafendes „Nui“ seines Führers. Dasselbe geschieht, wenn er eigens zu diesem Zwecke ausgestreute Brocken vom Erdboden aufnehmen will. Daraufhin müßte eigentlich jeder Hund, nicht nur der Polizeihund abgerichtet werden. Von fremder Hand dargebotene oder ausgestreute Brocken können zur Unschädlichmachung des Hundes vergiftet sein; ein gut erzogener Hund soll daher nur aus seiner Schüssel oder seines Herrn Hand Futter nehmen. Das aber hat zur Voraussetzung, daß er von Hause aus satt ist. Kann der Hund nun die bisherigen Übungen, so ist schon ein großes Stück Arbeit geleistet. Die Vorbereitung kann als beendet angesehen werden.

Die Hindernisse.

Ein Polizeihund soll bei der Verfolgung von Verbrechern, die über Äuene, Mauern und dergleichen zu entkommen versuchen, folgen können. Der Hund lernt zunächst das Ueberspringen einfacher Hürden. Wenn das Hürdenspringen auch noch verhältnismäßig einfach ist, so gestaltet sich das Uebertreten von Bretterzäunen bedeutend schwieriger. Geübt wird das Klettern an einem Holzgestell mit einziehbarer Brettern, deren man im Verlauf der Übung immer mehr einfügt, bis die gewünschte Höhe erreicht ist. Vor und hinter dieser Wand ist, wie auch bei den anderen Hindernissen, der Erdboden gelockert, damit sich der Hund beim Ab- und Aufsprung keine Verstauchung oder Brüche zuzieht. Ausgebildete Hunde übertreten mit einem Anlauf von 4 Metern im schrägen Zug Zäune von 2 bis 2½ Metern Höhe. Daran anschließend wird das Ueberspringen von Wassergräben geübt. Diesem Zwecke dient ein gemauertes, mit Wasser gefülltes Becken von ungefähr 3 Metern Breite und 1 Meter Tiefe. Beiderseitig ist es von einer kleinen Mauer eingefast, damit die Hunde es nicht umgehen können. Zuerst will der Hund vom Ueberspringen des Wassers nichts wissen und stellt sich eigenartig. Er wird dann von zwei Mann mit je einer Leine festgemacht und so zum Ueberspringen gezwungen. Mit der Zeit setzt er dann von selbst hinüber, manchmal jedoch nimmt er dabei ein unfreiwilliges Bad. Als letztes Hindernis ist neuerdings in der Anstalt ein Drahtzaun errichtet worden. Die Erziehung hat gelehrt, daß der Hund bei Verfolgung von flüchtigen Verbrechern vor Drahtzäunen zurückbleibe. Er konnte den flüchtenden wohl sehen, jedoch ihm nicht nachsehen. Man bildet daher die Hunde jetzt auch im Uebertreten von Drahtzäunen aus.

Dressur auf den Mann.

Die am sich wichtigste Dressur für einen Polizeihund ist die „auf den Mann“. Ein Gefährte, der mit einem gepolsterten Lederanzug angetan ist, stellt den Verbrecher dar. Er versteckt sich in einem dem Hunde unbekanntem Ort. Wenn dieser ihn dort aufgespürt hat, darf er ihn nicht ohne weiteres anfassen und beißen, sondern nur solange „verbellen“, bis der Führer heran ist. Beim Abführen achtet der Hund auf jede Bewegung des Verbrechers. Verfügt dieser unverhofft, den Beamten anzufallen, so springt er sofort nach seinem Arm und macht ihn somit kampfunfähig. Entsteht der Verhaftete plötzlich, geht der Hund hinterher, springt ihn

aber nicht an, wie dies früher geübt wurde, sondern umkreist ihn drohend und zwingt ihn ebenfalls durch Verbellen zum Stillstehen. Wehrt sich der Verfolgte gegen den Hund und versucht ihn durch Stockschläge, Revolverhüfte oder dergleichen zu vertreiben, so wird er gleichfalls am Arm gepackt und vom Hund unschädlich gemacht. Ueberhaupt darf der Hund beim Fallen von Schüssen nicht austreten, sondern muß unbeirrt seine Pflicht tun. Durch öfteres Schießen bei den Übungen werden die Hunde an den Knall eines Revolvers gewöhnt und achten nachher gar nicht mehr darauf. Anfänglich pflegen die Hunde blindwütig draufloszugehen und den Worten des Abrichters zur Mäßigung wenig Gehör zu schenken. Ein „auf den Mann“ abgerichteter Hund bildet in der Hand eines umsichtigen Führers eine wertvolle Hilfe, kann aber ebensovoll ohne genügende Aufsicht eine Gefahr für die Mitmenschen werden. Eine



Dressur „auf den Mann“.

solche Ausbildung empfiehlt sich daher nur für Diensthunde, die stets unter Aufsicht eines befähigten Führers stehen. Ein privater Schutzhund wird bei Gefahr, die seinem Herrn droht, auch schon ohne besondere Anleitung zu seinem Herrn stehen.

Auffinden und Nachgehen von Spuren.

Das Auffinden und Verfolgen einer Spur ist eine Arbeit, für die sich leider nur sehr wenige Hunde eignen. Es kommen dafür nur Hunde in Betracht, die einen über das Normale hinausgehenden Geruchssinn haben und auch selbst dann, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, bedarf es eines für solche Zwecke besonders geeigneten Führers. Bis zu einem gewissen Grade können geeignete Hunde wohl zum Spuren finden angehalten werden, ob sie aber in der Praxis hervorragende Arbeit leisten werden, hängt eben von der angeborenen Begegntheit des Hundes sowie seines Führers ab. Besonders Reizung und Talent haben dazu Hündinnen, wenn sie schon etwas älter sind. Als Vorarbeit wird das Suchen verlorener und versteckter Gegenstände geübt. Man läßt den Hund von einem Leuchtstock oder sonstigen Gebrauchsgegenstand zunächst Witterung nehmen und geht mit ihm ein Stück des Weges, wobei man inzwischen den Gegenstand unbemerkt fallen läßt. Nach einer Weile wird plötzlich halt gemacht, dem Hund die leere Hand gezeigt und er zum Suchen angehalten. Hund versteckt man den Gegenstand an einer nicht gleich dem Hund sichtbaren Stelle und läßt ihn dann danach suchen. Dann vergräbt man das zu Suchende im Weisem des Hundes, entfernt sich mit ihm ein Stück und läßt ihn das Vergrabene suchen und ausgraben. Wenn man anfangs noch immer in die Nähe der Stelle zurückgeht, so gestaltet man im weiteren Verlauf die Übung immer schwieriger. Man grabt z. B.



Auf der Fährte.

in dieser Stellung, selbst beim Fortgehen des Führers. Der Hund will anhänglich seinem Herrn auf dem Fuße folgen und kann es nicht lassen, warum er allein, auf dem Boden liegend, zurückbleiben

Das unbegreifliche Ich.

18] Geschichte einer Jugend.
Roman von Tom Kristensen.
(Berechtigter Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

„Mutter!“ schrie ich in einer plötzlichen Angst. Das Dunkel und der Regen brachten mich zum Frieren, und es war, als ob ich eine fremde Dame an der Hand hielt. Ich mußte um Hilfe rufen, und ich gebrauchte den einzigen Rotzfrei, den ich kannte: „Mutter!“

„Bist du still sein, verstanden!“ riefte Mutter, und sie presste ihre Hand auf meinen Mund. Dann hob sie mich hoch, und ich ahnte, daß sie die Böschung herunter zum Wasser laufen wollte.

„Guten Abend, schöne Frau. Es sind dunkle Wege, die Sie da gehen.“

Eine breite, dunkle Gestalt schwenkte einen großen Hut; doch ich erkannte die Stimme. Es war Remy.

„Guten Abend!“ sagte Mutter spitz.

„Soll ich Sie nicht lieber begleiten? Für eine junge Frau ist es hier nicht so ganz ungefährlich. Und da haben wir ja meinen kleinen Freund. Ist er müde, das kleine Geschöpf? Er ist doch viel zu schwer zum Tragen. Darf ich nicht lieber?“

„Er ist unartig, ganz, ganz unartig.“ antwortete Mutter.

„Ich bin nicht unartig!“ knurrte ich. Ich verstand ihre Beschuldigung nicht und stieß böse mit den Füßen, um auf die Erde zu kommen.

„Bist du mal ruhig sein!“

Aber ich kam doch herunter und wieder auf meine eigenen Füße, und ich ging augenblicklich hin und ergriff Remys Hand.

„Ein streitbares Gemüt!“ murmelte er.

„Ja, man hat es nicht leicht mit den Kindern.“ sagte Mutter tonlos, und während wir nach Hause gingen, sprach sie die ganze Zeit. Sie atmete stoßweise, und alles, was sie sagte, klang in ein andauerndes Jammern zusammen.

„Aber Kinder sind doch ein Segen, liebe Dame. In den Augen der Kinder liegt ein Abganz des Paradieses. O, glauben Sie mir doch. Ich, der eine kinderlose Ehe kenne, weiß, was Kinder bedeuten. Nicht sind sie, eine Leuchte für uns elende Geschöpfe!“ tröstete Remy mit weitausholenden Gebärden. Er sprach so laut, daß die Leute, die wegen des Regens in Türen und Durchgängen standen, uns nachsahen.

Ich ging an seiner Seite und froh. Das nasse Zeug klebte an meinem Körper und erschwerte mir das Gehen. Ich war unfähig traurig, und Remys schlürfende Schuhe auf dem nassen Pflaster klangen mir ganz unheimlich. Was sie miteinander sprachen, die beiden erwachsenen Menschen, hörte ich nicht. Ich begriff, daß es ohne Bedeutung war; aber das saugende Geräusch von Remys unidichten Sohlen prägte sich mir tief ein, so daß ich jedesmal frieren muß, wenn ich es höre.

Als wir zu Hause waren, wurde ich sofort ins Bett gesteckt und fiel schnell in Schlaf; doch am nächsten Morgen wurde ich dadurch geweckt, daß Mutter auf den Knien vor meinem Bett lag und weinte.

„Du bist mir doch nicht böse?“ schluchzte sie.

Ich sah sie an und dachte darüber nach, wie schrecklich es doch am vergangenen Abend gewesen wäre. Es sah noch ein Angstgefühl in mir, und ich konnte nur mühsam lächeln.

Dann kam es mir vor, als ob alles wie immer wäre; doch das fremde Gefühl meiner Mutter gegenüber, der Mangel an Herzlichkeit, den ich ihr meine ganzen Jungenjahre bis zu ihrem Tod bewiesen, mußten sich aus jenem schicksalsschweren Abend hergeleitet haben, wo ich sie als eine gefährliche Nacht erlebt hatte.

So verschob sich mir schon im frühesten Alter alles. Die Kirchendienerin wurde ein Diebstahl, und meine Mutter wurde an einem einzigen Abend zu einer fremden Dame. Ich verstand nicht, was ich erlebte; aber ich erinnerte mich viel zu gut an alles, und Jahre danach habe ich diese Bilder wieder herbeigeholt, sie betrachtet und nach einer Erklärung dafür in mir gesucht. Vielleicht enthalten etwas davon diese Blätter.

Den ganzen Abend ging Waldemar in seinem Zimmer hin und her und pfiff. Das war nun seine Art, einen Abschnitt seines Lebens zu verdauen, und nach dem, was er an dem Tag erfahren hatte, schien es, als ob man ihn nach Hongkong versetzen wollte. Schanghai, die Straßen, in denen er gegangen war, die Menschen, die er getroffen hatte, war dabei, ihm zu entgleiten, zur Erinnerung zu werden, und diese Verschiebung rief stets in ihm eine Stimmung bei ihm hervor, die zwischen Melancholie und Munterkeit pendelte.

Er war nur so kurze Zeit hier gewesen, daß er nichts Trauriges erlebt hatte. Die vielen Menschen, mit denen er gesprochen, die ständigen Einblicke in Schicksale, die er zufällig getan hatte, hatten nur jene schwache Melancholie geweckt, die seine Grundstimmung ausmachte. Ihm schien, als ob sich

alles verwandelt, während er es betrachtete. Es gab nichts, was war.

Wenn bloß eine große Mauer in Schanghai gemessen wäre, wäre er jetzt fortgegangen, um sie sich anzusehen. Er fühlte, er brauchte die Illusion von etwas, das war. Oder hätte er bloß gewußt, wo er den Dänen, der zum Chinesen geworden, würde treffen können, wäre er zu ihm hingegangen und hätte mit ihm gesprochen, um ihm dann einen Whisky nach dem anderen trinken zu lassen.

Baldemar war wieder Europäer geworden, unruhig und gefährlich. Die Gedanken durchjagten ihn ziellos, bloß weil er vielleicht in einigen Tagen südlich nach Hongkong fahren sollte, um auf die Schiffe, die aus Kanton kamen, aufzupassen. Die ganze Ruhe, die er errungen zu haben glaubte, weil er den Sprung nach Asien herüber gewagt hatte, war verschwunden.

Es war wieder der alte Waldemar Rasmussen, der in ihm rumorte.

Ich entsinne mich des ersten Males, wo mir eine Welt entwand gerade deshalb, weil ich nicht die Ruhe und die Selbstverständlichkeit vermissen kann, womit ich das aufnahm. Später wurde mir der Tag zu einer Art von Schmerz. Ich erlebte ja, daß das Leben ein Bruchstück ist, doppelt unverständlich, weil es stets an ganz zufälligen Stellen abbricht. Wir zogen um.

Alle Hüte waren verkauft, und der Laden gekündigt. Ein Radfahrhändler sollte in einigen Tagen einziehen und das Fenster, wo Mutters hunte Gebilde geleuchtet hatten, mit grauen Gummireifen und langweiligen Bestellen und Pumpen füllen, und dann ergrüßte Mutters Fenster nicht mehr; doch an dem Tage, an welchem wir auszogen, wußte ich noch nicht, was es heißen wollte, irgend etwas höre auf zu existieren.

Beränderungen kannte ich wohl. Ohne daß ich es verstand, hatten sich Menschen verwandelt. Während ich sie ansah, aber meine Gedanken hatten nur ihr Aussehen, ihr Bild festhalten können. Remy war aus einem Mann mit Säufen zu einem freundlichen Herrn, die gefürchtete Kirchendienerin zu einem Diebstahl geworden, vor der keiner mehr Respekt hatte; und Mutter war zu einer Dame geworden, der ich folgen mußte, obgleich ich kein großes Vertrauen zu ihr hegte. Von mir selbst kannte ich viele Bilder, als Sohn Gottes, als hinterlistig, als gut, als unartig; aber ich empfand noch nicht, daß dies eine Veränderung bedeutete. Sie waren nur in buntem Reihenfolge in mir aufgetaucht. (Fortsetzung folgt.)

den Gegenstand dieser und an einer anderen Stelle ein. Dann gibt man schließlich dem Hund nicht erst kurz vorher, sondern schon vor einer Stunde oder noch längerer Zeit Witterung von dem Gegenstand. Bei dieser Witterung zeigt sich dann, bei einem Hund schneller, beim anderen langsamer, ob er einen guten Spürsinn hat. Wenn die Sucharbeit zur Befriedigung des Abrichters ausfällt, geht es an die eigentliche Spurenarbeit. Dazu wählt man im Anfang trockene Tage, an denen das Wetter beständig bleibt. Das Leubungsgefände muß einige Zeit vorher nicht begangen worden und von weicher Bodenbeschaffenheit sein, damit man die Sohlenabdrücke des dazu benötigten Geschliffen deutlich erkennt. Der Geschliffen, der sich zuerst die Sohlen mit Fischtran oder dergleichen einreibt, schreitet die vorher mit dem Abrichter vereinbarte Strecke ab und hält sich am Endpunkt verstopft auf. Nun wird der Hund angeleitet. Der Abrichter nimmt den Hund an die Leine, drückt ihn leicht mit der Rolle an den Boden zur Witterung nehmen und verweist ihn von Spur zu Spur mit den stetigen Worten: „Such, such!“ Am Standort des Geschliffen angekommen, muß der Hund diesen verbessern. Ist der Hund dergestalt eingearbeitet, so legt man weniger oder gar nicht erkennbare Spuren, die durch Wiesen, belebte Straßen und Ortschaften zu einer Wohnung, einem Haus, Stall oder dergleichen führen. Zum Schluß läßt man ihn von einem Gegenstande des Geschliffen Witterung nehmen und dessen Versteck aufspüren.

Endlich sei noch einiges über die Züchtung geeigneter Hunde gesagt. Vor kurzem wurde Kreuzung zwischen einer Schakalin und einem Wolfspitz versucht. Leider ging die Schakalin bei der Geburt zugrunde. Zurzeit befinden sich in einem Zwinger eine Wolfspitzin und ein Fuchs und in einem anderen, durch Doppeltüren geschützten, ein ausgewachsener Wolf aus den Abruzzen zusammen mit einer Schakalinhündin. So trägt die Anstalt dazu bei, den Beamten ihrerseits unter schwerem Dienst zu erleichtern und für den Schutz der Bevölkerung sowie für die Aufklärung schwerer Verbrechen unentbehrliche Werkzeuge zu liefern.

Eine Selbstbeziehung.

„Besser im Zuchthaus als im Gefängnis.“

Hinter der Barriere vor dem Einzelrichter steht ein 33jähriger mit eingefallenen Wangen, unruhigen Bewegungen und einer Körperhaltung, als wolle er sagen: „Mir ist alles egal und insbesondere bin ich mir selber wurst.“ Er hat sich vor einigen Tagen selbst gestellt und erklärt, am 26. Juni in einem Geschäft eingekauft zu sein, die Jalouse angebrochen und hochgehoben, die Fensterhebe eingeschlagen und Ausstellungsgegenstände im Wert von 418 M. herausgenommen zu haben. Und wirklich war eine entsprechende Anzeige bei der Polizei eingegangen. Der Mann ist unzählige Male vorbestraft und hat vier Zuchthausstrafen verbüßt. Die Gerichtsverhandlung bewegt sich in folgenden spannenden Dialogen: „Weshalb haben Sie den Diebstahl begangen?“ — „Weil ich keine Arbeit bekommen konnte.“ „Haben Sie welche gesucht?“ — „Gewiß.“ — „Weshalb haben Sie sich selbst gestellt?“ — „Weil ich keine Wohnung hatte und nicht wußte, wo hin.“ — „Haben Sie es wirklich getan?“ Mit erstickter Stimme: „Ja!“ ... Im Zuchthausraum verfuhr eine Frau immer wieder dazwischen zu reden, sie wird vom Justizwachmeister zur Ruhe ermahnt. Der Richter: „In welcher Straße haben Sie den Einbruch verübt?“ — „In der Braunberger Straße.“ Die Frau aus dem Zuchthausraum: „Es ist eine Lüge, daß er es begangen hat.“ Der Angeklagte blüht ironisch zur Frau hinüber. Der Richter: „Sie werden vernommen werden.“ „An welchem Tage war das?“ Der Angeklagte nennt ein Datum. Der Richter: „Stimmt nicht.“ — „Ja, so ungefähr.“ — „In diesem oder im vorigen Jahre?“ — „Dieses Jahr würde wohl gewesen sein.“ — „Wollen Sie lieber ins Zuchthaus oder ins Gefängnis?“ — „Zuchthaus ist mir lieber.“ — „Weshalb?“ — „Da kann ich mehr arbeiten.“ — „Ist es wirklich wahr, daß Sie es gemacht haben?“ — Ironisch: „Ich denke ja.“ Gelächter im Zuchthausraum. Richter und Staatsanwalt lachen mit. Die Frau aus dem Zuchthausraum wird vernommen. „Wer sind Sie.“ — „Ich bin seit Jahren seine Frau. Er wohnt immer bei mir.“ — „Was wissen Sie?“ — „Am 26. Juni kann er nicht eingedrungen haben. Das war vier Tage vor meinem Geburtstag. Da war er nachts immer zu Hause. Er half meinen Eltern, die eine Schenkstätte haben. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß er eingedrungen hat.“ Der Angeklagte: „Stimmt doch, was ich gesagt habe. Habe das Ding doch gemacht.“ — „Du meinst, es ist so leicht aus dem Gefängnis herauszukommen.“ — „Du wollest es doch so haben.“ — „Ja, sehen Sie! Ein Phantast, ein notorischer Schürer, jetzt hat er sich eine Woche herumgetrieben und hat sich selbst angezeigt.“ — „Ich komm doch nach Daldorf. Ich will gar nichts mehr sagen. Sollen sie mich zufrieden lassen, mich nicht verrückt machen; bin ja schon so verrückt.“

Der Staatsanwalt hat keine Bedenken wegen der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten. Auch der Richter hat keine. Er verurteilt den Menschen zu zwei Jahren Zuchthaus; der Angeklagte habe die Wahrheit gesagt, er hätte sich mit der Zeugnis überworfen und wolle weg von ihr ins Gefängnis. Als der Staatsanwalt die zwei Jahre Zuchthaus beantragte, meinte der Angeklagte: „Zu wenig.“ Für das Urteil bedankte er sich.

Hat aber das Gericht zu Recht geurteilt? Durfte es ohne weiteres sich allein auf das Geständnis des Angeklagten stützen, ohne dessen Richtigkeit nachzuprüfen?

Der Ruf nach dem 10-Uhr-Häuserklus.

In letzter Zeit sind, wie das Polizeipräsidium mitteilt, aus allen Kreisen der Bevölkerung beim Polizeipräsidium zahlreiche Besuche um zwangsweise Offenhaltung der Häuser bis 10 Uhr eingegangen, wobei stets auf den unbilligen Zustand des frühzeitigen Häuserklus hingewiesen wird, der den berechtigten Wünschen der Mieter in keiner Weise Rechnung trage. Obgleich der Polizeipräsident die Verechtigung dieser Beschwerden durchaus anerkennt, muß er alle diese Fälle doch stets auf den Weg der Vereinbarung mit den Hauseigentümern verweisen, da zur Ausübung eines polizeilichen Zwanges die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Die vielfach verbreitete Ansicht, daß vor dem Kriege der Häuserklus in Berlin auf 10 Uhr polizeilich festgelegt sei, ist unzutreffend. Eine derartige Polizeiverfügung hat weder in Berlin, noch in anderen Großstädten Deutschlands je bestanden. Der 10-Uhr-Häuserklus erfolgte vielmehr in der Vorkriegszeit ausschließlich auf Grund freiwilliger, gewöhnlich in Mietverträgen festgelegter Abmachung.

Der eifrige Rassenleiter.

Wie uns aus Neufahrn mitgeteilt wird, verbietet im dortigen Finanzamt der Rassenleiter Kaiser unseren Genossen das Tragen der Parteiabzeichen. Kaiser ist allgemein als ein Mann bekannt, der den rechtsradikalen Organisationen sehr nahe steht. Wir nehmen zugunsten des übereifrigen Herrn an, daß er in Konsequenz seines Vorgehens gegen unsere Parteiabzeichen sämtliche Parteiabzeichen, d. h. natürlich auch Hakenkreuze verbietet. Sollte das jedoch nicht der Fall sein, so müßten wir darin eine einseitige parteiliche Stellungnahme gegen unsere Parteigenossen erblicken, die diese sich unter keinen Umständen gefallen lassen werden.

„Aut Hakenheide.“

Die im Bau befindliche neue Fernsprechvermittlungsstelle „Hakenheide“ in der Bergmannstr. 87 wird voraussichtlich im Spätherbst dieses Jahres in Betrieb genommen werden. Sie dient in erster Linie dazu, die Fernsprechvermittlungsstellen Kurfürst, Lühom, Rollendorf und Moritzplatz, die an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind, zu entlasten und dadurch für neue Anschlüsse des ihnen verbleibenden Versorgungsbereichs aufnahmefähig zu machen. Um diese Entlastung

genügend wirksam zu gestalten, werden von den Vermittlungsstellen Kurfürst, Lühom, Rollendorf rund 6400 und von Moritzplatz rund 3200 Anschlüsse abgenommen und auf das neue Amt Hakenheide umgeschaltet. Dieses wird daher mit rund 9600 Anschlüssen in Betrieb gehen. Die Einrichtung der neuen Vermittlungsstelle erhält Handbetrieb. Da die neue Vermittlungsstelle Hakenheide infolge ihrer starken Belegung schon bei der Inbetriebnahme neue Anschlüsse nur in geringer Zahl annehmen kann, sind schon jetzt Vorarbeiten für den Bau einer weiteren Vermittlungsstelle in demselben Gebäude im Gange.

Im Zeichen des Hakenkreuzes. Ein zweihundzwanzigjähriger Betrüger.

Der erst 22jährige Kaufmann Karl Babe betrat die Anklagebank vor der Strafkammer des Landgerichts I, um sich wegen eines schweren Betrages zu verantworten. Trotz seiner Jugend war er schon früher mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Diesmal handelte es sich um eine von ihm angeblich geplante Gründung einer Zeitung in völkischem Sinne. Die bescheidenden Blätter dieser Richtung wären ihm nicht national genug gewesen und daher hätte er den Gedanken gehabt, für eine schärfere Auffassung durch eine neue Zeitung Sorge zu tragen. Das Geld für diese Neugründung borgte er sich von einem jüdischen Kaufmann, dem er selbstverständlich den beabsichtigten Zweck verheimlichte. Als Sicherheit gab er für das Darlehen Bankdepotcheine und Wechsel. Als der Geldgeber nach einiger Zeit die Zinsen abholen wollte, wurde er von Babe hinausgeworfen. Der tüchtige junge Mann beschloß sogar noch die Freiheit, mit einer Klage wegen Hausfriedensbruch zu drohen, wenn der Geldgeber „als Jude es noch einmal wagen würde, die Redaktionsräume einer streng nationalen Tageszeitung zu betreten“. Die ganze Redaktion bestand aber nur aus dem Türschloß, auf dem zu lesen stand: Redaktionsbureau des „Neuen völkischen Kuriers“. Voller Empörung prüfte nun der Hinausgeworfene die ihm von Babe als Sicherheit gegebenen Papiere nach und stellte fest, daß sie sämtlich gefälscht waren; daraufhin erstattete er Anzeige wegen Betrages. Der Herr „Chefredakteur“ des „Neuen völkischen Kuriers“ wurde nunmehr zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, wobei noch besonders auf die gemeine Gefinnung des Angeklagten hingewiesen wurde, die darin zu sehen sei, daß er anscheinend auf Grund seiner völkischen Gefinnung es für sein gutes Recht angesehen habe, einen jüdischen Mitbürger um sein Geld zu bringen. Diese Auffassung des Gerichts schien dem Hakenkreuzmann völlig unverständlich zu sein.

Kommunistische Waffensammlungen! Verfolgung des Prozesses bis zur Unneffektivität

Durch ein beaufichtigtes Wirtschaftsgespräch hatte die politische Polizei Kenntnis von geheimen Waffensammlungen erhalten, welche sich in der Wohnung eines Kommunisten, des Händlers Richard Beyer in der Müllerstraße, befanden. Kriminalkommissar Weigel nahm eine Durchsuchung der Wohnung vor und beschlagnahmte zahlreiche Schusswaffen und vor allem drei mit Elefantgranaten dicht gefüllte Kartons, deren Untersuchung ergab, daß sie mit Zündschnur und Zeitzünder versehen und ferner mit einem sehr gefährlichen Sprengstoff gefüllt waren. Die Ladung jedes einzelnen Stückes enthielt nicht weniger als 250 Gramm Trinitium-Naphthalin. Der Angeklagte Beyer war in erster Instanz zu 1½ Jahren Gefängnis wegen Vergehens gegen das Republikshutzgesetz verurteilt, stand jedoch infolge eingetragener Berufung sodann wiederum vor den Richtern. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß ein Verstoß gegen den Erlass des Reichskommisars betr. die Entwaffnung der Volksgenossen vorliege, berücksichtigte aber, daß hinsichtlich dieses Erlasses in Preußen demnächst eine Amnestie zu erwarten ist. Mit Rücksicht auf diese wurde die Verhandlung ausgesetzt und die Urteilsverkündung soll erst in etwa zehn Tagen stattfinden.

... und das soll Kuppel sein!

Eine Verhandlung vor der Strafkammer legte wieder einmal ein herabes Zeugnis davon ab, daß die verarmten Massen des Volkes ohne besonderes Verschulden der Gefahr, mit dem Strafgesetz in Konflikt zu geraten, nie sicher stehen als andere. Im vorliegenden Falle stellte das Gericht fest: Eine Frau H. hat geduldet, daß ihre noch nicht ganz volljährige Tochter sich zusammen mit dem Sohn der mitangeklagten Frau Sch. bei fremden Leuten in ein Zimmer mieteten, wobei die Sache von allen Beteiligten so dargestellt wurde, als ob die jungen Brautleute Eheleute wären. Die beiden Räter erhielten also wegen „schwerer Kuppel“ Gefängnisstrafen (!), allerdings kam die Unmöglichkeit der ganzen Auffassung in dem Strafmaß zum Ausdruck, man erkannte auf je zwei Tage Gefängnis. Es bleiben zwei Fragen offen: 1. Welches Rechtsgut ist geschädigt? 2. Weshalb zwingt das Gesetz die Zimmervermieterin in die Rolle eines Schlüsselstehenden Stillschleppers hinein, der über Dinge wachen soll, die gar nicht verboten sind? Man sieht wieder einmal, daß wir nur noch unter einem Strafrecht stehen, für das mittelalterlich eigentlich eine recht freundliche Bezeichnung ist.

Tödlicher Unfall infolge einer Spielerei.

Die Unfälle der Kinder, auf den schmalen Eisenbahnen, welche die Grünflächen einschneiden, entlassungsbalancieren, hat wieder einmal ein Todesopfer gefordert. Am Dienstag früh auf dem Wege zur Schule vergnügten sich einige Knaben, darunter der 14jährige Walter Bolt aus der Kurfürststraße, auf dem Rollendorfsplatz in der angelegenen Weise; hierbei fiel W. von der Stange herunter und schlug mit dem Kopfe so heftig auf einen Stein auf, daß er bewußtlos liegen blieb. Mit Hilfe seiner Mitkäufer brachte man den Knaben nach der obersten Wohnung; der sofort herbeigeholte Arzt stellte einen Schädelbruch fest, an dem W. im Laufe des Tages, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstarb.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 21. August.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.40 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau („Der Logierkasten“).
5-6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 7 bis 7.50 Uhr abends: Haus-Bradow-Schule (Bildungskurse). 7 Uhr abends: Abteilung Gartenbau, Gartendirektor Ludwig Lenzow; „Gartenarbeiten im Herbst“. 7.50 Uhr abends: (Hochschulkurse). Abteilung Literatur. Dr. Franz Leppmann: „Das deutsche Drama im 19. Jahrhundert“. 1. Vortrag: „Einleitung, Heinrich v. Kleist“. 2.30 Uhr abends: Kunstreue: 1. a) Armesmarsch Nr. 7, b) Altdentscher Rheinländer (Alb. Schmidt, amerik. Glockenspieler). 2. a) R. Planquette: Walzer-Rondo aus der Operette „Die Glocken von Cornéville“. b) Millöcker: Loblied der Polla, aus der Operette „Der Bettelstudent“. c) W. Brannan: Anno Maria (Alexander Floßburg, Tenor). 3. A. Schmidt: Fantasie über „Deutsche Volkslieder“ (Albert Schmidt, Ocarina); Konzertmeister Hans Mahle, Viola; Rudolf Schmidt, Klavier). 4. a) J. Jones: Shanghai Lullaby (Chinesisches Wiegenlied). Blues. b) D. Ringel: Just a little kiss from you (Tanakapelle). Leitung: Hans Sommer). 5. a) Thomas: Titan-Polonaise aus der Oper „Mignon“. b) Maria Maria, ein italienisches Volkslied. c) Kálmán: Größt mir mein Wien, aus der Operette „Gräfin Mariza“ (Guido Gialdini, Klavier). 6. a) A. Schmidt: Magarka in H-Dur. b) Hohenfriedberger Marsch (Albert Schmidt, amerikanisches Glockenspiel). 1. a) N. H. Brown: Wenn Buddha träumt, b) R. Katscher: Madonna, du bist schöner als der Sonnenschein. c) H. Manfred: Deutsches Hoffen (Alexander Floßburg). 8. a) E. Arolas: Quasi, Tango. b) F. Fisher: Monna Vanna, Foxtrot (Tanakapelle). Am Flügel: Hans Sommer. 10 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienste.

Auf der Suche nach dem Germendorfer Mörder. 1000 Mark Belohnung.

Auf die Ergreifung des Mörders des alten Kaufmanns Emil Lohmeyer ist nunmehr eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden. In den Vormittagsstunden des gestrigen Tages begab sich Oberinspektor Sennat nach Germendorf, um an Ort und Stelle einen genauen Ueberblick über den Stand der Ermittlungen zu gewinnen. Das Motiv zu dem Mord ist immer noch nicht bekannt. Besonders auffallend ist die Spur zweier Fahrräder, die zur Hintertür des Anwesens führt. Die Spur läßt sich bis zur Chaussee Germendorf-Gelken verfolgen. Es ist durchaus möglich, daß beide Radfahrer mit der Tat nichts zu tun haben, sondern lediglich einen Einkauf beabsichtigt hatten. Sollte das der Fall sein, so werden sie dringlich ersucht, sich umgehend bei der Nordkommission Dr. Wächter-Lobbes im Gemeindebureau Germendorf zu melden. Da die Gegend Sonntags viel von Berliner Ausflüglern aufgesucht wird, so wird an diese die Aufforderung gerichtet, ihre Wahrnehmungen der Nordkommission mitzuteilen, sofern sie am Sonntag, den 16. d. Mts., in den Abendstunden einen Mann bemerkt haben, dessen Kleidung mit Blut bestrebt war.

Die Einschüchterung des erschossenen Arbeiters Sträßburg. Am gestrigen Donnerstagmittag fand in dem Krematorium in der Gerichtstraße unter starker Beteiligung kommunistischer Organisationen die Einschüchterung des bei dem Zusammenstoß in der Vabstraße erschossenen Arbeiters Sträßburg statt. Auch mehrere kommunistische Landtagsabgeordnete waren anwesend. Nach Orgelspiel und Chorgesang ergriff der kommunistische Abgeordnete Dörr das Wort. Er betonte in seiner Trauerrede, daß auch das Leben eines Arbeiters unbedingt gegen Mord geschützt werden müsse und daß die RSD. die Forderung erhebe, daß der Mörder Sträßburg, der sich unter der Polizei befunden habe, ermittelt und zur Verantwortung gezogen werde. Nachdem der Sarg in die Erde gegangen war, schlossen nochmaliger Chorgesang und Orgelspiel die Feier, worauf die Mitglieder des „Roten Frontkämpferbundes“ zu beiden Seiten des Aufabtriebes Aufstellung nahmen und mit erhobener Faust die Hinterbliebenen passieren ließen.

Das große Los der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde in der gestrigen Nachmittagsziehung gegen 1/2 Uhr gezogen. Der Gewinn von 500 000 Mark fiel auf die Nummer 187824.

Die Delegation Seichom des Deutschen Landarbeiterverbandes veranlaßt am Sonntag, den 23. August im Orte ein Generalkongress, zu dem auch Berliner Partei- und Gewerkschaftsangehörige eingeladen sind. Parteigenossenschaftliche Sportler, besonders aus Neufahrn, werden herzlich gebeten, das Fest verschönern zu helfen. Die Radfahrer treffen sich 12 Uhr mittags am Bahnhof Hermannstraße. Anfragen beantwortet Genosse Seibel, Neufahrn, Löhninger Straße 30.

Das 25jährige Jubiläum der Zeppelin-Werft.

Friedrichshafen, 20. August. Friedrichshafen hat anlässlich des 25jährigen Zeppelin-Jubiläums, das am heutigen Freitag feierlich begangen wird, reichen Flaggenschmuck angelegt. Von den Häusern der Stadt und von den Dächern der schönen von der Zeppelin-Stiftung angelegten Arbeiter-Siedlung grüßen Fahnen in den Farben des Reiches, Württembergs und die weißblauen Flaggen der Zeppelin-Gesellschaft. Wie bei der Abfahrt des ZR. III steht das kleine Städtchen am Bodensee anlässlich der Jubelfeier der Werft auch heute wieder zahlreiche Fremde, die aus allen Teilen des Reiches eingetroffen sind. So sah man vor allem die Tochter des Grafen Zeppelin, Gräfin Brandenstein mit ihren Saiten, ferner den Reffen des verstorbenen Grafen Graf Ferdinand Zeppelin. Es werden u. a. erwartet: Reichspräsident Lobe, Reichswehrminister Kroner und Reichswehrminister Dr. Gehler.

Am Donnerstagabend vereinigte eine Begrüßungsfeier im Saalbau der Zeppelin-Werft die Gäste mit der gesamten Belegschaft der Zeppelin-Werft. Dr. Eckener begrüßte dabei die erschienenen Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Industrie- und Finanzwelt, der Arbeiterschaft und der Presse. Sein besonderer Gruß galt den anwesenden ältesten Mitarbeitern des Grafen Zeppelin, insbesondere seiner Tochter, der Gräfin Brandenstein. Dann sprach Generaldirektor Colmann als Leiter des Konzerns, der zuerst in warmen Worten denjenigen Mitarbeitern dankte, die nunmehr 25 Jahre im Unternehmen in tätig seien, in erster Linie dem Chefkonstruktionsdirektor Dr. Dörr, dessen besondere Verdienste er hervorhob, ferner dem Obersteuermann Marx und mehreren anderen Angestellten. Er gab dann einen Rückblick auf die Entwicklung des Luftschiffbaues Zeppelin und gedachte der verehrungswürdigen Person des alten Grafen Zeppelin. Er erinnerte im Verlauf seiner Rede an, daß trotz aller gegenwärtigen Misslungen, die mitunter zwischen der Zeitung und den Angestellten, besonders in den Revolutionsjahren geherrscht hätte, sich als Stärker immer wieder die Macht der Idee erwiesen habe, die immer wieder den Zusammenhalt herbeigeführt habe. Nun sei der Luftschiffbau Zeppelin von dem Weitertrieb, dem Frieden und Verlässlichkeit, getroffen, aber diejenigen, die aus der Schule des alten Grafen stammten, gäben die Hoffnung nicht auf, daß das Werk auch über diese schwere Zeit hinwegkommen werde und aufrechterhalten bleiben könne. Im Anschluß an diese Ansprache fand die Versammlung das Deutschlandlied. Nach einer weiteren Ansprache eines Vertreters der Belegschaft, der dem Unternehmen die Treue der Arbeiterschaft gelobte, gelangte der historische Zeppelin-Film zur Vorführung.

Ein Glückwunschtelegramm des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Luther hat anlässlich der Feier des 25jährigen Bestehens der Zeppelin-Luftschiffahrt an Dr. Eckener folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet.
„Der Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft sende ich zum heutigen Gedentage des fünfundsundzwanzigjährigen Bestehens der Zeppelin-Luftschiffahrt herzliche Grüße und Glückwünsche. Das Kulturwerk, das der unergiebliche Graf Zeppelin und seine bewährten Arbeiter schufen, hat bei uns und in der ganzen Welt berechtigter Anerkennung gefunden. Ich wünsche und hoffe, daß es gelinzt, dieses völkerverbindende Werk im Sinne einer friedlichen Entwicklung der Nationen fortzuführen. Glück auf!“

Weitere Typhusfälle in Hanau. Die Typhusbubemie in Hanau hat ihren Höhepunkt noch nicht überschritten, da nach der heute herausgegebenen Uebersicht die Zahl der Erkrankten eine weitere, wenn auch keine Erhöhung erfahren hat. Es befinden sich 91 Personen in Behandlung.

Better für Berlin und Umgebung: Nicht bewölkt, nur spärliche Wolken, keine erheblichen Niederschläge und geringere Temperatursteigerungen. — Für Deutschland: Bester bis mittig, im Süden und Südwesten etwas Regen.

Die Pflege der äußeren Persönlichkeit

Ist nicht gut denkbar ohne sorgsame Haarpflege. Sorgsame Haarpflege ist nicht denkbar ohne regelmäßige Pizagon-Haarpflege. Die bekannte, anregende Kraft des Teers auf den Haarwuchs kommt bei Pizagon zur vollen Entfaltung, während die üblen Eigenschaften des Teers fehlen. Pizagon ist hell, duftet angenehm, gibt reichen Schaum, reinigt ausgezeichnet und läßt sich leicht vom Haar herunterspülen. Verlangen Sie ausdrücklich Pizagon. Zwischen Pizagon und gewöhnlicher Haarpflege-Teercreme ist ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht. Pizagon gibt es nur in den bekannten geschlossenen Originalpackungen. Eine Flasche Pizagon, Preis Mark 2.50, überall erhältlich, reicht Monate.

Der Weg zu sozialer Kommunalpolitik.

Der Bezirksausschuß Groß-Berlin der sozial-demokratischen Mieter hielt am Dienstag abend, den 13. August, im Gewerkschaftshaus eine Funktionärerversammlung ab, welche nach einem Vortrage des Genossen Victor Road, des Geschäftsführers des Bundes Deutscher Bodenreformer, Vorschläge für die Berliner Stadtverordnetenwahlen aufstellte. Der Redner wies darauf hin, daß der Landtag im Herbst über den Entwurf des preußischen Volkswohlfahrtsministers für ein Städtebaugesetz zu entscheiden habe, daß die neue Stadtverordnetenversammlung den neuen Städtebaudirektor für Berlin wählen müsse, der dem Städtebaugesetz seine erste und bedeutungsvollste Verwirklichung zu schaffen habe, der auch auf den neuen Generalbebauungsplan für Groß-Berlin einen starken Einfluß ausüben werde. Dieser neue Bebauungsplan habe für Generationen der Berliner Einwohnerschaft geradezu schicksalhafte Bedeutung. Steuerpolitisch müsse gefordert werden, daß die Stadt Berlin nach Möglichkeit den unverdienten Wertzuwachs aus dem Terrain- und Grundstücksverkehr erhalte. Berlin sei heute, wo es zu den Sägen der staatlichen Grundsteuer, die auf einer Veranlagung des Grundbesitzes beruhe, die tief in die Vorkriegszeit zurückreiche, nur 100 Proz. Zuschlag erhebe, für den Grundbesitz eine außerordentlich billige Gemeinde. Das in der nächsten Session des Reichstages zur Verhandlung stehende Reichsbewertungsgesetz werde ja hier endlich notwendigen Wandel bringen.

Schlüsselfrage des sozialen Problems sei die Frage der Grundrente. Die Wohnungsfrage, die Mieterfrage können nur von dem reiflos begriffen werden, der auch die Bodenrechtsfrage beherrscht. Die neue Stadtverordnetenversammlung müsse darauf dringen, daß ein dem Bedürfnis entsprechendes Siedlungs- und Wohnungsbauprogramm durchgeführt werde. Hierzu sollen alle schaffenswilligen Kräfte, vor allem gemeinnützige Bauvereinigungen usw. herangezogen werden. Das Bauprogramm müsse im engen Zusammenhange mit dem neuen Generalbebauungsplane, insbesondere dem Bauflächenplane aufgestellt werden. Das Kleinhaus müsse überwiegen. Öffentliche Mittel müssen in erster Linie für Ein- und Zweifamilienhäuser verwendet werden. Ganz abgesehen davon, daß es nicht wahr sei, daß die Baukosten für eine Wohnung im Massenmietehaus billiger seien als für eine Kleinhauswohnung, stelle sich die Kleinhauswohnung schon im Hinblick auf den viel höheren bevölkerungspolitischen Wert der in gesunden Heimstätten hausenden Familie staatswirtschaftlich betrachtet, weit billiger, weil solche Familien gesünder an Leib und Seele sind und öffentliche soziale Einrichtungen weniger belasten. Die Stadtverordnetenversammlung müsse auch darauf dringen, daß das Industrie- und Handelsunternehmertum nach Vermögen zu den Heimstättenbaukosten für Arbeiter, Angestellte und Beamte herangezogen werde unter voller Ausnutzung der Möglichkeiten, die die Gesetze (Kommunalabgabengesetz) dazu bieten. Vorbedingung einer städtischen Siedlungs- und Wohnungspolitik sei die städtische Bodenvorratswirtschaft. Öffentlicher Grund und Boden dürfe nur unter bodenreformlicher Bindung, also Sicherung eines Verkaufes, Rückkaufs- oder Heimfallrechts, am besten nach dem Reichsheimstättengesetz ausgegeben werden. Das Reichsheimstättengesetz müsse nach allen Möglichkeiten erschlappend praktisch angewandt werden. Die Stadt müsse bei der Aufstellung des neuen Generalbebauungsplanes Reichsheimstätten- und Heimstättenzonengebiete gemäß § 4 des preußischen Ausführungsgesetzes zum Reichsheimstättengesetz und gemäß § 1 des preußischen Volkswohlfahrtsministers hierzu vom 12. September 1924 abgrenzen. Gefordert wird weiter eine strengere Durchführung der Wohnungsaufsicht. Die Einstellung der durch Landesgesetz eingeführten öffentlichen Wohnungsaufsicht durch die Gemeinden aus dem Grunde, daß Unterbringungsmaßnahmen für die in beantragten Wohnungen befindlichen Familien fehlten, bezeichnete der Redner als Vogel-Strauß-Politik. Es wird gefordert: Ausbau der allgemeinen Wohlfahrtspflege, der Jugend- und Gefährdetenfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung, sozialen Hygiene, Seuchenbekämpfung, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Redner schloß mit dem Appell, sich zu wehren gegen die Forderungen der Hausbesitzer, die Miete auf 140 Proz. zu erhöhen. Er verweist auf die unsinnige Politik, auf der einen Seite die Lebenshaltung des Proletariats durch Löhne und Mietsteigerungen zu verteuern und auf der anderen Seite die Löhne zu drücken. Die Versammlung war mit den Ausführungen des Redners voll einverstanden.

Schützt die Wälder!

Wer in den Wald wandert, wird erstaunt sein, daß das gesamte Obst, wie Heidelbeeren, Preiselbeeren und Waldbeeren, Pilze, das Unterholz, die Vögel und fast der ganze Wildbestand, bis auf wenige Ueberbleibsel verschwunden sind. Von Zeit zu Zeit trifft man auf ein Reh, einen Hasen, ein Kaninchen oder ein Eichhörnchen. Spechte und Raben sind schon häufiger anzutreffen. Um so düster ist der Boden mit Ueberresten ausgedirter menschlicher Abfälle besät. Die Lagerstätten, auf denen der naturgeheiligste Ausläufer sich mit Butterbroten und Alkoholika stärkte, bieten das Bild einer genial-unordentlichen Kumpelkammer. Gewisse Elemente, die ebenfalls Verantwortungsgelüste mit Saubereit ihr eigen nennen, sehen förmlich einen Spott darin — und sie trainieren sich in diesem Sport mehr als reichlich — Glascherben, Papierfetzen, Kartons, Zigarettenreste und Blechschalen auf den Boden zu werfen. Es ist kaum glaublich, wieviel immense Menge Abfall z. B. nach dem Sonntags-Rendezvous der Berliner im Grunewald gesammelt werden kann. Es ist wiederum eine große Sauberungsfaktion — die wiederholte eigentliche — des Grunewalds zwischen Havel, Wannsee und Müritzersee im Gange. Diese Reinigungsaktionen, die hinter einem Publikum aufzuträumen, das die Freuden der Natur genießen will, ohne seinen elementarsten Pflichten der Allgemeinheit gegenüber nachzukommen, sind verdammend schimpflich und zehren gewiss am Sockel der Stadt. Darum soll diese Reinigungsaktion die letzte sein. Man sollte wirklich annehmen, daß das Publikum in einer demokratischen Republik Mannes genug wäre, sich selbst zu erziehen und nicht die Gouvernante Stadt hinter sich aufzuräumen zu lassen. Solch stupefakten Elementen, die den

Wald zu einer Tummelstätte ihrer schlechten Kinderstube degradieren wollen, muß das vernünftige Publikum — und das ist erfreulicherweise doch noch erheblich in der Mehrzahl — gebührend die Finger zeigen. Naturfreibeuter solcher Fassung sind, das kann ohne Ueber-treibung gesagt werden, einer Kulturnation unwürdig.

Erhöhung der Kirchensteuer um die Hälfte.

Die Berliner Kirchenynode hat kurzerhand den Beschluß gefaßt, den kirchlichen Zuschlag zur Reichseinkommensteuer um die Hälfte, von 10 auf 15 Proz. zu erhöhen. Die Kirchenynode ist berechtigt, einen solchen Beschluß selbständig zu fassen. Zwar wird formell die Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörden verlangt, diese Zustimmung wird aber anstandslos erteilt. Die Finanzämter sind dann angewiesen, auf Grund der von der Kirchenynode ausgestellten Steuerlisten die entsprechenden Beträge zu erheben. Es muß sich dabei um ganz beträchtliche Summen handeln.

Das Steuereinkommen aus der Reichseinkommensteuer beträgt in Groß-Berlin rund 200 Millionen Mark jährlich. Da die Kirche ihre Finanzwirtschaft gänzlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit betreibt, so fehlen für die öffentliche Kritik alle Unterlagen dafür, welche Summen für die evangelische Kirchenynode bei einer solchen ungewöhnlich starken Erhöhung in Betracht kommen. Rechnet man das Steuereinkommen der evangelischen Bevölkerung in Berlin auf etwa drei Viertel des Gesamteinkommens, so käme man auf einen Betrag von 15 Millionen Mark bei 10 Proz. und 22,5 Millionen Mark bei 15 Proz. Dabei ist noch nicht berechnet, daß z. B. die Stadt Berlin in ihrem Etat für die Unterhaltung gemeinnütziger Einrichtungen und Wohlfahrtsvereine ganz erhebliche Beträge auch für evangelische Vereine und kirchliche Einrichtungen auswirft, angeblich weil der Kirche das Geld für solche Zwecke fehlt. Die Stadt erhält dabei aber keinerlei Einblick in die Finanzgedarung der Kirche und kann deswegen auch gar nicht kontrollieren, ob die von den bürgerlichen Vertretern behauptete Bedürftigkeit der Kirche tatsächlich vorhanden ist. Außerdem hat man bei der Erledigung des Aufwertungsgesetzes weitere Extrabeträge für die Kirche festgelegt.

Jedenfalls ist es interessant, zu sehen, wie dieselben Kreise, die über die Verschwendungssucht der Gemeinden in allen Tonarten jammern, die mit tendenziösen Statistiken die Ueberbelastung der deutschen Wirtschaft und Steuern grau in grau malen, nicht den geringsten Anstoß daran nehmen, daß die Kirche im Gegensatz zu den staatlichen Funktionen ausübenden Gemeinden ein unumschränktes Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer besitzt. Keine Hand wird sich rühren, um von der Kirche Rechenschaft über ihre Finanzwirtschaft zu fordern. Am allermeinsten werden die Organe der sogenannten Wirtschaft, die Organe der Rechtsparteien, daran denken, gegen diese neue Belastung durch Steuern zu protestieren.

Der Polizeipräsident zur Meldepflicht der Hausbesitzer.

Die Hausbesitzer führen einen lebhaften Kampf gegen die Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten vom 24. Juli 1924, wonach jede in eine Wohnung zugehende Person vom Hausbesitzer oder dessen Vertreter binnen sechs Tagen polizeilich angemeldet werden muß. Diese Verordnung ist an sich eine Wiederholung alter Bestimmungen. Früher wurde aber erst dann gemeldet, wenn der Hauswirt mit dem Zugang einverstanden war. Die bezeichnete Verordnung bezweckt den unbedingten Meldezwang, auch wenn der Hauswirt mit irgendeinem Zugang nicht einverstanden ist. Zahlreiche Hausbesitzer haben die Anmeldung verweigert und sind dann in Polizeistrafen genommen worden. Das Kammergericht hat nun vor einiger Zeit entschieden, daß der Hauswirt eine Person, die gegen seinen Willen widerrechtlich in eine Wohnung eingedrungen ist, nicht anzumelden braucht. Der Zugang dieser Person stelle sich als Hausfriedensbruch und nicht als ein Anzug oder Umzug im Sinne der Polizeiverordnung dar. Voraussetzung sei allerdings das Bestehen legaler Verhältnisse. Auf Grund dieser Entscheidung des Kammergerichts haben die Hausbesitzerorganisationen erneut Sturm gelaufen gegen den Polizeipräsidenten und beim preußischen Minister des Innern Beschwerde geführt. Der Polizeipräsident hält im Gegensatz zu den Juristen mancher Polizeiamter, die Rechtsmäßigkeit seiner Verordnung aufrecht. Er hat mehrere juristische Gutachten eingeholt, die zu folgendem Schluß kommen: „Man muß bei der Anmeldepflicht des Hauseigenen-tümers, die im Sinne der Kammergerichtsentscheidung das Bestehen legaler Verhältnisse zur Voraussetzung hat, unterscheiden zwischen einem öffentlich-rechtlichen und einem zivil-rechtlichen Verhältnis. Das Verhältnis ist öffentlich-rechtlicher Natur, wenn beispielsweise das Wohnungsamt über Wohnräume verfügt hat, somit dem Hauseigentümer das Verfügungsrecht entzogen ist. Zivilrechtliche Verhältnisse, wie sie über das Untervermieten in den meisten Mietverträgen getroffen sind, bleiben jedoch auf die Meldepflicht ohne Einfluß. Ohne die Meldepflicht in solchen Fällen verliert die Polizei die notwendige Kontrolle. Die Unterpflicht des Hauseigentümers oder seines Vertreters ist keine Bindung im rechtlichen Sinne, also auch keine Wohnungsgenehmigung. Es steht dem Hauseigentümer oder seinem Vertreter frei, auf der unterrichtlichen Anmeldung einen entsprechenden Vermerk zu machen.“ Die Entscheidung des Ministers steht noch aus. Die Sache hat eine für Mieter sehr gefährliche Seite. Wenn nämlich gegen den Willen des Hausbesitzers ein Untermieter aufgenommen wird und hierzu nicht die Genehmigung des Wohnungsamtes vorliegt, kann der Hauswirt gegen den Hauptmieter auf Räumung klagen. Also Vorsicht, sobald man es mit einem auf seinem formalen Vertragsrecht beruhenden Hauswirt zu tun hat.

Schutz der Jugend bei Luftbarkeiten.

Dem Reichstage liegt der Entwurf eines Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Luftbarkeiten vor. Unter Luftbarkeiten werden vor allem Rummelplätze aller Art, Tingel-Tangel, Kabarets, Varietés und Tanzluftbarkeiten aller Art verstanden. Aber auch auf Circus- und Theatervorführungen soll sich der Schutz der Jugendlichen in bezug auf ungeeignete Darbietungen erstrecken. Den

Behörden wird die Befugnis eingeräumt, eine ihr ungeeignet erscheinende Luftbarkeit für Minderjährige unter 18 Jahren zu verbieten oder den Besuch von bestimmten Bedingungen abhängig zu machen. Bei der Entscheidung über die Zulassung von Minderjährigen haben die Jugendämter mitzuwirken. Sie sollen vor jeder Entscheidung gehört werden. Bei Zuwiderhandlungen können sowohl die Unternehmer solcher Luftbarkeiten als auch die Jugendlichen selbst bestraft werden. Ersteren droht außerdem Konzeptionsentziehung.

Ein Rotschrei.

„U dem Bau der Autobusgroßgarage“

sendet uns ein Bewohner der Cauerstraße in Charlottenburg folgende Zuschrift:

Die Mitteilung in der Donnerstagmorgenausgabe des „Vorwärts“ von dem Bau einer Großgarage für Autobusse in der Korfestraße in Charlottenburg hat sicher bei allen Mietern dieses Teils von Charlottenburg lebhaftes Befremden hervorge-rufen. Die Cauerstraße dient schon jetzt als Verbindungsstraße nach Alt-Ronabit hinüber; sie ist infolge dessen, ebenso wie ihre Verlängerung, die Helmholzstraße, sehr stark durch Fuhrwerke aller Art in Anspruch genommen. Zahlreiche Kohlen- und Holzplüge in der Umgegend, Asphaltfabriken, die Werke von Siemens, Zwietsch und andere Großfirmen senden täglich des Morgens und Abends ihre Lastfuhrwerke, unter denen sich nicht wenige Lastkraftwagen mit Anhängern befinden, durch diese verhältnismäßig schmalen Straßenzüge. Besonders die Lastkraftwagen erschüttern die Häuser bis in das oberste Stockwerk hinauf. Der Lärm dieser Autos und die knallenden Auspuffgase der vielen passierenden Motorräder werden durch die eng beieinanderliegenden Häuserfronten außerordentlich verstärkt, so daß besonders in den oberen Etagen ein kaum erträglicher Straßenlärm hörbar ist. Wenn nun noch die Autobusse hinzukommen sollen, die zu einem nicht geringen Teil der genannten Straßen passieren müssen, um in die Großgarage zu gelangen, so wird der Lärm natürlich noch gesteigert werden. Es ist an sich schon merkwürdig, daß die Omnibusgesellschaft sich ausgerechnet diesen Teil Charlottenburgs für eine Großgarage aussucht, wo dieser Teil Charlottenburgs so gut wie gar nicht durch Autobuslinien berührt wird. Es hätte der Gesellschaft nicht schwer fallen können, in dem noch unbebauten Teil Westends, etwa in der Gegend des Karolinger Platzes, Grundstücke für eine Garage zu erwerben. Aber dort wohnen andere, bessere Leute, die sich den lärmenden Betrieb sicher nicht gefallen lassen würden. So muß denn, wie immer bei solchen Sachen, die volkreichste Gegend der Stadt herhalten; die Mitbürger dieser Gegend sind die Leidtragenden dabei. Vielleicht interessiert sich ein maßgebender Beamter der Verkehrs- und Baupolizei einmal für die Wirkungen des Straßenlärms in besonders engen Straßen. Die Erfolge eines solchen Studiums werden den geplagten Anwohnern dann sicher zu gute kommen.

Die Bekämpfung der Schundliteratur auf den Bahnhöfen.

Ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schundliteratur liegt dem Reichstag vor. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes werden nach einer besonderen Vereinbarung zwischen den Verlegergesellschaften, der Stadt Berlin und dem Verein Deutscher Bahnhofsbuchhändler alle periodischen Druckschriften, deren gerichtliche Beurteilung ausgesprochen worden ist, auf bestimmte Zeit vom Bahnhofshandel ausgeschlossen. Die engste Zusammenarbeit mit der Polizei und Staatsanwaltschaft wird für die Zukunft einer erfolgreichen Bekämpfung der Schundliteratur gewährleistet.

Städtische Gelände für Neubauzwecke.

Der Deutsche Städteetag hat an 46 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern und an 11 Städte mit geringerer Einwohnerzahl eine Umfrage gerichtet, in welchem Umfange, nach welchen Grundzügen und unter welchen Bedingungen die städtischen Gelände für Neubauzwecke hergegeben haben. Gezeigt wurde nach Vergebung von Gelände durch Verkauf, als Reichsheimstätten, im Wege des Rentengutsverfahrens und durch langjährige Verpachtung. Die eingegangenen 36 Antworten ergeben, daß in der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis 31. März 1925 städtische Grundstücke in größerem Umfange nur im Wege des Verkaufs vergeben worden sind. Eine Einrichtung von Reichsheimstätten und langjährige Verpachtungen haben nur vereinzelt stattgefunden. Das Rentengutsverfahren ist von keiner Stadt besprochen worden.

Mehr Achtung vor den Hallestellen! In jeder Straßenbahnhaltestelle kann man häufig die Beobachtung machen, daß Pferde-gespanne und Autos — unbekümmert um das wartende und aus-einsteigende Publikum — in unverminderter geschwin-digkeit vorbeiziehen. Natürlich kommt es dabei oft zu mehr oder minder schweren Unfällen, und die Leidtragenden sind meist Frauen oder Kinder, denen nur das eine Ziel vor Augen schwebt, den Eingang der sehrfrühtig erwarteten „Elektrischen“ schnellstens zu erreichen. Eindringlich macht der Polizeipräsident die Lenker der Pferdewagen und die Führer der Autos darauf aufmerksam, daß sie nach der Polizeiverordnung an haltenden Straßenbahnwagen nur im Schritt und in einem Abstand von mindestens einem Meter vorbeifahren dürfen. Kann dieser Abstand — infolge des schnellen Fahrens — nicht eingehalten werden, so ist das Vorbeifahren verboten und das betreffende Gefährt hat zu halten, bis sich die „Elektrische“ wieder in Bewegung setzt.

Jubiläum.

Der Schriftsteller Max Galsung, Gaudostr. 27, juteilt in der Bundesdruckerei 2, Post, Schiffbauerdamm 19, beabsichtigt, beginnend am 16. August in voller Tätigkeit sein hiesiges Berufs-jubiläum.

Erfaglose und Rauflose
zur jetzigen Hauptziehung der Preussischen Staatslotterie
und noch zu haben in der
Lotterie-Einnahme von Karl Gabriele
Berlin W., Potsdamer Str. 3, am Potsdamer Platz.
Telefon 423, 430.
Bestellungen auf Lose erster Klasse
werden schon jetzt entgegen genommen.



ein Nachtisch

von seltener Feinheit. Die Speise bildet ihres delikaten Geschmacks wegen nicht nur einen Genuß für Kinder und Erwachsene, sondern ist auch ein Erfrischungsmittel von hervorragender Nährkraft, wie jeder

MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING

Gefahren der Zinsentwicklung.

In den letzten Wochen setzt sich auf dem Geldmarkt eine bemerkenswerte Bewegung durch. Während im ersten Vierteljahr 1925 tägliches Geld (die in der Hauptsache zwischen den Banken gewährten kurzen Kredite) im Durchschnitt 9,9 Proz., im zweiten Vierteljahr im Durchschnitt noch 8,7 Proz. kostete, ist nach dem 10. August ein auffälliges Sinken des Tagesgeldsatzes zu verzeichnen. Am 14. August wurden in Berlin 7 1/2 Proz., am 17. August nur mehr 7 Proz. von ersten Geldnehmern gefordert. Gleichzeitig sank der Diskont für erstklassige Finanzwechsel (Privatdiskont) von 7 1/2 auf 7 1/4 Proz.

Leben wir in normalen Zeiten und nicht in den schwersten Tagen der Stabilisierungskrise, so dürfte man die weitere Entwicklung ruhig abwarten. Da aber die Frage aufgeworfen worden ist, ob die Reichsbank dieser sinkenden Tendenz der Tagesgeldsätze durch eine Ermäßigung des Reichsbankdiskonts folgen wird und da sowohl die Kreditkrise in der Industrie als auch die beginnenden Verlegenheiten der Banken eine Senkung der Zinssätze für längerfristige Wirtschaftskredite zu empfehlen scheinen, könnte das Abwarten gefährlich sein. Durch das Sinken der Tagesgeldsätze wird nämlich die außerordentlich bedeutende Frage aufgeworfen, ob dieses Sinken als günstiges oder als ungünstiges Krisensymptom zu bewerten ist und wenn als ungünstiges, welche Konsequenzen daraus für die Diskontpolitik der Reichsbank zu ziehen sind.

In normalen Vorkriegszeiten war das Sinken des Tagesgelds und des Privatdiskontsatzes nämlich tatsächlich das Zeichen für die Möglichkeit der Verbilligung der Wirtschaftskredite durch die Senkung des Reichsbankdiskonts. An diese Tatsache knüpfen auch alle Erwartungen an, die heute auf eine Senkung des Reichsbankdiskonts und daraus auf eine Erleichterung der Zinsen- und Provisionslasten hoffen, die die Wirtschaft erdrücken.

Die Optimisten, die die weichende Tendenz der Tagesgeld- und Privatdiskontsätze als günstiges Krisensymptom auslegen möchten, übersehen aber, daß auch die Zinssätze für Wirtschaftskredite in der Vorkriegszeit auf das engste an den Reichsbankdiskont gebunden waren. Während die gegenseitigen Kredite der ersten Banken und Werte bis zu 1 Proz. unter dem Reichsbankdiskont lagen, lagen die Wirtschaftskredite in aller Regel damals nicht mehr als 1 Proz. darüber. Nun hat sich zwar heute der Satz für Bankengeld wieder etwa auf diese Spanne unter dem Reichsbankdiskont eingestellt, für Wirtschaftskredite werden aber Zinsen und Provisionen verlangt, die bis zu neun, oft bis zu elf und mehr Prozent über dem Reichsbankdiskont von 9 Proz. liegen. Deshalb ist klar, daß sowohl die Verbilligung des Bankengeldes als auch eine eventuelle Herabsetzung des Reichsbankdiskonts heute eine ganz andere Bedeutung und Wirkung für die Wirtschaft haben kann als früher.

Das ist auch tatsächlich der Fall. Die Kreditpolitik wird in Deutschland nämlich überhaupt nicht durch die Diskontschränke, sondern durch die sogenannte Rationierung geführt. Für die Banken ist die Rationierung durch die Reichsbank im Grunde eine gleichgültige Sache. Sie brauchen derselben in der eigenen Kreditgewährung nur zu folgen. Dafür, daß sie weniger Kreditgeschäfte machen als sie könnten oder auch möchten, entschädigt sie die Rationierungspolitik vollaus. Weil die Konkurrenz ausländischen Kapitals durch die unsicheren Verhältnisse, die durch die

willkürliche Zuteilung der Kredite geschaffen werden, praktisch ausgeschlossen wird, fehlt der Diskontpolitik der Reichsbank überhaupt jede Kapitalpreis regulierende Wirkung und die Rationierung gibt den Banken das Monopol für die Kapitalpreisbildung, das sie durch die Provisionen praktisch ausüben.

Ganz im Gegensatz zur Vorkriegszeit fehlt also heute der deutschen Volkswirtschaft die preisregulierende Konkurrenz des Auslandes auf dem Kapitalmarkt. Man kann von einer Kredit- und Zinspolitik überhaupt nur in dem Sinne sprechen, daß die Rationierungspolitik der Reichsbank und die Provisionspolitik der Banken die letzteren zur Ausweitung der Wirtschaft stark machen, ohne auch nur im entferntesten der Aufgabe gerecht zu werden, der Wirtschaft zu dienen. Die Wirkung dieser Kreditpolitik ist absolut einseitig: auf Kosten der übrigen Wirtschaft sichert sie den Banken eine risikolose und von jeder Konkurrenz unbeschwerte Existenz. Es ist, als ob neben den Bahnhöfen der Schutzpolitik, die den Absatz der Industrie droffelt, eine Schutzpolitik gestellt wäre, die die Geldkapitalabstraktion der Industrie aufhebt.

Für die Banken untereinander gibt es allerdings eine Geldpreisbildung, die absolut normal und bei der alles in bester Ordnung scheint: eben den Tagesgeld- und Privatdiskontenverkehr. Benutzt man es bis vor wenigen Tagen so. Es fragt sich aber, ob das neuerliche Absinken bis auf 7 1/2 und 7 Proz., also auf 1 1/2 bis 2 Proz. unter Reichsbankdiskont nicht bereits als Erkrankungszeichen der Banken selbst angesehen werden muß und ob dieses Absinken nicht der Ausdruck des wachsenden Misstrauens der Banken untereinander ist, das auch das Bankengeld- und das Privatdiskontengeschäft zu droffeln beginnt.

Wenn das der Fall wäre, und die erheblichen Kursrückgänge der ersten Bankaktien und viele andere Momente sprechen dafür, dann wäre die Erleichterung am Geldmarkt nicht als ein günstiges Symptom, sondern als ein ausgesprochenes Krisensymptom anzusehen.

Damit würde aber auch eine eventuelle Herabsetzung des Reichsbankdiskonts krisenverschärfend wirken. Sie würde nämlich den Anschein einer Gesundung der deutschen Kreditpolitik und Kapitalmarktverhältnisse erwecken, während sie in Wirklichkeit die Voraussetzungen einer gesunden Kreditpolitik noch stärker gefährdet als bisher. Die Folgen für die Gesamtwirtschaft wären unaussprechlich. Die Lage der Banken würde nämlich sich nur dann bessern können, wenn der geschädigte Prozess der Kapitalauszehrung fortschreitet und sich verstärkt.

Der bisherige fehlerhafte Zirkel der deutschen Kreditpolitik, die Banken auf Kosten ihrer Industrielieferanten rentabel zu halten, müßte die Geldkapitalzerstörung in der Industrie verschärfen und die Rentabilitätsaussichten noch mehr gefährden. Es wäre also im Gegenteil die Frage gestellt, ob nicht mit der bisherigen Diskontpolitik der Reichsbank sofort gebrochen werden und der Diskontsatz mit dem Ziel des allmählichen Abbaus der Rationierung erhöht werden muß.

Diese Probleme seien heute gestellt. Nachdem wir vor Wochen in der Voraussicht einer solchen Entwicklung die Forderung einer Kreditlenkung erhoben haben, möchten wir hoffen, daß es für die Diskussion dieser Probleme noch nicht zu spät ist. Jedenfalls ist es höchste Zeit, daß alle verantwortlichen Stellen in Deutschland der Kredit- und Zinspolitik in Deutschland die schärfste Aufmerksamkeit zuwenden.

plätzen zurückgehen, besonders dann, wenn die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht wird, daß sie einen viel zu hohen Preis für Briketts zahlt.

Der in Frage kommende Konsumverein hatte vor kurzem eine Sitzung mit dem Vorstand des Landesverbandes der Kohlenhändler, in der die ganzen Maßnahmen in erster Linie damit begründet wurden, daß es Aufgabe Deutschlands sei, den Mittelstand zu erhalten. Nach der Beobachtung des Konsumvereins muß der Umsatz der einzelnen Kohlenhändler ein sehr geringer sein, was seinen Grund jedenfalls darin, daß im verflochtenen Winter infolge der warmen Witterung noch große Bestände bei den Konsumenten vorhanden sind. Dieser geringe Umsatz soll nun dadurch zum Ausgleich gebracht werden, daß die Preise entsprechend höher und der Handel eine ganz enorme Verdienstsperre hat.

Der Konsumverein erklärt, daß er sich auf keinen Fall der Preisdiktatur fügen wird und wenn das Syndikat die Sperre verhängt, würde er dafür Sorge tragen, daß seine Mitglieder an Stelle der deutschen Briketts englische Kohle verwenden, denn es besteht für ihn gar keine Veranlassung, seinen Mitgliedern so hohe Preise abzunehmen. Komme es aber dazu, dann wird teils die Arbeitslosigkeit in der deutschen Kohlenwirtschaft durch die hohen Handelspreise direkt gefördert und es werden Devisen für Kohlen nach dem Ausland überwiesen werden müssen, die sonst für andere Zwecke aufspart werden könnten. Von der Regierung muß dringend verlangt werden, für schnellste Aufhebung dieser Kartellvorschriften Sorge zu tragen.

Wir geben die vorstehende Zuschrift, um die unhaltbaren Konsequenzen überhöhter Kleinhandelspreise für Kohle aufzuzeigen. Wie wir von zuständiger Stelle dazu hören, bestehen in der Tat die Bestimmungen der Syndikate, wonach Händlern die Lieferung gesperrt werden kann, die sie einmal festgesetzten Kleinhandelspreise nicht innehalten. Wie uns jedoch versichert wird, ist diese Vorschrift nur zum Schutz gegen unlaute Elemente im Kohlenhandel gedacht. Die Syndikate haben sich nämlich dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber verpflichtet, bei einer Unterschreitung der von einer Handelsvereinigung festgesetzten Kleinhandelspreise eine Liefer Sperre nicht zu verhängen, wenn eine Nachprüfung ergibt, daß die betreffende Händlerfirma, also auch der Konsumverein, nach seinen Einstandspreisen und sonstigen Unkosten zu einem billigeren Preise an die Kunden zu liefern vermag. Eine derartige Preisunterbietung, die bei gesunder Kalkulation möglich ist, darf also in keinem Falle mit der Lieferungs Sperre verhängt werden. Was für die Händler gilt, gilt ebenso selbstverständlich für die Konsumvereine. Diese werden gut daran tun, sich durch Drohungen mit einer Lieferungs Sperre nicht einschüchtern zu lassen und, sollte diese dennoch verhängt werden, sich an die Syndikate selbst, oder, wenn sie da keinen Erfolg haben, an das Reichswirtschaftsministerium zu wenden. Daß es aber zu solchen Auseinandersetzungen kommen mußte, beweist nur, wie mißverständlich die Kartellbestimmungen der Kohlenwirtschaftsorgane noch heute sind. Es wäre notwendig, diese so abzuändern, daß der reelle Händler ebenso wie der Konsumverein sich nicht von ihnen bedroht fühlt, wenn sie billiger als die Konkurrenz zu liefern imstande sind.

Die Stinnes-Plette.

Die süddeutsche Ausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird demnächst eingehen. In der verlagsoffiziösen Rottiz wird diese Tatsache so ausgedrückt, daß die Gesamtauflage des Blattes einschließlich der süddeutschen Ausgabe ab 1. September wie früher in Berlin hergestellt werde. Das heißt selbstverständlich, daß die süddeutsche Ausgabe ihr Erscheinen einstellen wird. Aus Frankfurt a. M. wird dann auch gemeldet, daß dem gesamten Redaktionspersonal gekündigt worden ist, nachdem schon vor Monaten eine wesentliche Verminderung eingetreten war. Zu gleicher Zeit wurde dem technischen Personal mitgeteilt, daß die Hälfte am 1. Oktober entlassen wird. Die „Frankfurter Nachrichten“, die seinerzeit ebenfalls vom Stinnes-Konzern übernommen wurden, bleiben vorläufig bestehen. Als vor einigen Wochen die ersten Nachrichten über das bevorstehende Ende der „Süddeutschen Nachrichten“ auftauchten, erklärte die „D. A. Ztg.“, diese Meldungen für unrichtig. Die „D. A. Ztg.“ wird wahrscheinlich auch bis zum Tage ihres Verkaufs alle Nachrichten darüber genau so für „Nacht“ erklären, wie sie die ganze Stinnespletze anfangs als einen „Klatsch“ bezeichnet hat.

Reichsbankausweis. Der Ausweis der Reichsbank vom 20. August läßt eine weitere Erleichterung der Kreditverhältnisse erkennen, die durch Rückzahlungen von Wechsel- und Lombardkrediten sowie durch Weitergabe übernommener Wechsel herbeigeführt war. Der Banknotenumsatz hat sich weiter um 90,4 Mill. auf 2.878,2 Mill. Reichsmark, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 49,2 auf 1.672,7 Mill. Reichsmark vermindert; im ganzen hat also der Verkehr während der Berichtwoche 148,6 Mill. papierne Geldzeichen abgesetzt. Durch die Rückflüsse erhöhten sich die Kassendeckende der Bank an Rentenbankscheinen von 215,5 auf 284,7 Mill. Reichsmark. Die Notendeckung durch Gold und Devisen besserte sich von 59,5 auf 62 Proz., die Deckung durch Gold allein erhöhte sich dabei von 45 auf 47 Proz.

Besserung des Braunkohlenabfahes. Vom ostelbischen Braunkohlenhandelskartell wird mitgeteilt: Der Abfall in Briketts hat sich im August sehr zufriedenstellend gestaltet. Es wird gegenwärtig nichts mehr auf Lager genommen.

Ein gründlicher Konkurs. Auf Antrag der Stuttgarter Straßenbahn A.-G. hat das dortige Amtsgericht über die in Zahlungsunvermögen befindliche Bankfirma L. Wittmann & Comp. den Konkurs verhängt. Nach einer Meldung des Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ dürfte nach Abzug der Projektkosten kaum noch eine Quote von 1 Prozent verbleiben.

Ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm. Unter der Treuhänderschaft der Westfälischen Heimstätten G. m. b. H. werden im westfälischen Ruhrkohlenbezirk insgesamt 405 Wohnungen gebaut. Davon allein 81 in Dortmund. Die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms stammt aus der Hauszinssteuer der Gemeinden und des Staates und gemeinnützigen Banken. 20 bis 25 Proz. der Baukosten stammen aus dem Eigenkapital der Glieder. Die Wohnungsbauten, die Mietwohnungen und Eigenheime darstellen, sind teilweise fertiggestellt, zum anderen Teil ist mit dem Bau begonnen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Mit. Wd. Brauer, D. 20. und auch entsprechend den geschlichen Bestimmungen. — M. A. Charlottenburg, 1. Der Mann mit der Frau (siehe Seite 2), Knecht, werden Sie den Mann zur Zahlung auf. Am Ende der Ablehnung sollen Sie den Mann zur Zahlung auf. — D. A. 20. Es ist Sie aber die Bemerkung, daß Sie dem Verwalter des Hauses übergeben haben. — M. A. 20. Wenn Sie sich an die Wohnungsinhabergesellschaft m. b. H. in Berlin, Stadthaus, wo Sie alles Nähere erfahren, — M. A. 20. Sie können einen Vorleser wählen oder der Name eine angemessene Preis zur Befreiung der Kohlen (siehe mit dem Verwalter, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist die Annahme der Befreiung ablehnen und Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Vertrages fordern werden. — M. A. 40-43. 1. Der West werden Sie. Neben haben Sie mit einer Unterseite befinden, 3. Rein, 1. Der Schenkungsvertrag ist unrichtig. Die Mutter kann das Kind jederzeit zurückverlangen.

Der deutsche Arbeitsmarkt im August.

In Deutschland, wie auch im Ausland, verläuft man noch nicht über eine vollständige Statistik des Arbeitsmarktes. Eine wesentliche Verbesserung dieser Statistik ist erst nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung zu erwarten, das vom Reichskabinett bereits beschlossen ist, aber noch der Erledigung durch den Reichstag bedarf. Gegenwärtig ist man angewiesen auf die Zahlen der Erwerbslosenunterstützung, die aber nach den Bestimmungen nur ein Teil der Erwerbslosen empfängt. Weitere Grundlagen der Statistik sind die Angaben der Arbeitsnachweise, die aber nicht vollständig sind, weil kein Reise- und Abmeldezwang besteht, endlich die Erhebungen der Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ihrer Mitglieder, die Mitgliedsbewegung der Krankenkassen und die Berichterstattung der Industrie. Die Zahl der erwerbslosen Unterstützungs empfänger im Deutschen Reich war am 1. August 197.000, die Zahl der wirklich Erwerbslosen ist aber wesentlich höher. Im Juni standen 1,1 Millionen Arbeitsgesuchen 645.000 offene Stellen gegenüber, d. h. die sogenannte Andrangsziffer (Verhältnis der Stellen suchenden zu 100 offenen Stellen) betrug 171, und zwar bei männlichen 190, bei weiblichen 132. Die Gewerkschaften berichteten, daß von ihren Mitgliedern Ende Juni 3,5 Proz. erwerbslos, 5,2 Proz. auf Kurzarbeit angewiesen waren. Man kann die Gesamtzahl der wirklich Arbeitslosen im Deutschen Reich gegenwärtig auf nahezu eine halbe Million veranschlagen. Günstig wirkt zurzeit der starke Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitern, wo teilweise immer noch Arbeitermangel besteht. Dagegen betrug die Andrangsziffer für männliche Arbeiter Ende Juni im Bergbau 195, in der Metallbearbeitung 223, im Spinnstoffgewerbe 262.

Die Kurzarbeit betraf bei den Textilarbeitern nach Angabe der Gewerkschaften schon Ende Juni 16,8 von je 100 Mitgliedern. Während der obersteleische Bergbau seit dem Aufhören der obersteleischen Kohleneinfuhr erheblich entlastet wurde und die Arbeitslosigkeit dort zurückgegangen ist, hat sie sich im Ruhrgebiet infolge der Stilllegungen stark vergrößert, und man muß noch mit der Entlassung weiterer zehntausende Ruhrbergarbeiter rechnen. Im niedersächsischen Bergbau ist die Lage unverändert, im Braunkohlenbergbau ist sie verhältnismäßig gut, so daß dort und im Kalibergbau teilweise Bedarf an Arbeitern besteht. Jedoch erschwert das Lohnniveau eine stärkere Ueberführung arbeitsloser Ruhrbergleute in diese Reviere.

Im Metallindustrie ist in den letzten Wochen eine Verschlechterung eingetreten. Die elektrische Industrie ist befriedigend beschäftigt, auch in der chemischen Industrie ist die Lage nicht ungünstig. Im Spinn- und Webstoffgewerbe hat sie sich gebessert, im Bekleidungs gewerbe verschlechtert, doch wird für den Herbst eine Belebung erwartet. Beträchtliche Arbeitslosigkeit besteht im Tabakgewerbe. Hier scheint es sich um einen dauernden Konsumrückgang zu handeln, zumal ja auch das Reichsgebiet kleiner geworden ist. Die Lederindustrie zeigt einen leichten Rückgang, ebenso die Papierindustrie. Dagegen haben die Verleisfertigungsgewerbe im ganzen günstige Verhältnisse.

Sehr schlecht liegt der Arbeitsmarkt für Angestellte. Die Verarmung Deutschlands verschlechtert die Aussichten für die geistigen Arbeiter jeden Grades, während der Zubrang zu diesen Berufen nicht abnehmen will. Die Andrangsziffer betrug im Juni für männliche Bureauangestellte 546, für weibliche 185, für männliche kaufmännische Angestellte 801, für weibliche 360, für Heizer und Maschinenisten 449, für Techniker aller Art 848, für freie Berufe 237 (männlich) und 184 (weiblich).

Die neueren wirtschaftlichen und insbesondere finanziellen Schwierigkeiten kommen in diesen Zahlen,

abgesehen vielleicht vom Bergbau, noch nicht zum Ausdruck. Eine Verschlechterung der Gesamtsituation wird jedenfalls mit dem Zeitpunkt eintreten, wo die Arbeiten im Freien zu Ende gehen, d. h. von der zweiten Hälfte des Oktober an.

Nochmals: Preislenkungsartelle!

In Nr. 379 des „Vorwärts“ berichteten wir über Maßnahmen der Kartelle und zwar des Mitteldeutschen Braunkohlenkartells, betreffend die Preiserhöhung von Briketts und Kohlen dahingehend, daß man in einer süddeutschen Stadt dem Konsumverein die Lieferungs Sperre androhte, wenn er nicht seine Kohlen- und Brikettpreise ganz bedeutend erhöhe.

Heute erhalten wir von dem größten Konsumverein Schleswig-Holsteins die Mitteilung, daß dieser mit dem gleichen Syndikat in der gleichen Angelegenheit einen Streit hat, der sich bereits ein ganzes Jahr hinzieht. In den Sitzungen des Mitteldeutschen Braunkohlenkartells war früher festgelegt:

„Der Käufer ist verpflichtet, die vom Reichskohlenverband sowie vom Mitteldeutschen Braunkohlenkartell festgesetzten Preise und Bedingungen einzuhalten. Abweichungen nach oben oder unten sind verboten.“

Auf Grund dieser Bestimmungen hätte das Syndikat selbst Verkaufspreise festsetzen müssen, das war aber bei der Verschiedenheit an den einzelnen Plätzen nicht möglich. Nunmehr ist aber das Syndikatsstatut geändert. Für Ablauf 2 ist unter Ziffer 26 eingefügt:

„An Orten mit anerkannten Handelsvereinigungen sind beim Weiterverkauf die von ihnen unter Zustimmung des Syndikats festgesetzten Preise und Bedingungen einzuhalten.“

Nachdem die Sitzungen des Syndikats dahin geändert sind, ist auch in Schleswig-Holstein mit großer Schnelligkeit der Landesverband der Kohlenhändler Schleswig-Holsteins und Lübeck e. V. geschaffen worden. Nun kann das Syndikat sich darauf stützen, daß der Landesverband der Kohlenhändler die Preise festsetzt und wer sich nun nicht fügt, für den wird sühnensgemäß die Lieferung eingestellt.

Der in Frage kommende Konsumverein hat bis Juni 1925 für Braunkohlenbriketts 1,35 M. pro Zentner ab Platz genommen. Da die Löhne inzwischen ganz wesentlich gestiegen sind, mußte der Preis ab Anfang Juli auf 1,45 M. pro Zentner ab Platz festgelegt werden. Der Landesverband der Kohlenhändler verlangt jetzt aber, daß für Braunkohlenbriketts 1,70 M. pro Zentner ab Platz genommen wird. Da die Gestehungskosten für 100 Kilogramm Braunkohlenbriketts 2,40 M. seien und 3,40 M. für den Doppelzentner gefordert werden sollen, so sei ein Aufschlag von 40 Proz. vorhanden.

Der Konsumverein weigert sich natürlich, diese Preise zu nehmen, wird aber gewärtig sein, daß über ihn die Sperre verhängt wird. Der Konsumverein schreibt, daß der Preis von 1,70 M. für den Zentner Braunkohlenbriketts so hoch sei, daß heute englische Kohle am Platz unter diesem Preis verkauft wird. Dabei muß beachtet werden, daß Braunkohlenbriketts nur einen Heizwert von 4000 Kalorien aufweisen, während die englischen Kohlen einen Durchschnittsheizwert von 6500 Kalorien haben.

Die Interessen des deutschen Volkes werden durch diese Syndikate mit ihren Händlerinteressen einfach mit Füßen getreten. Wir brauchen niemand Arbeit für deutsche Arbeiter und haben es wirklich nicht nötig, daß unsere Handelsbilanz noch verschlechtert wird dadurch, daß englische Kohlen in großem Maße eingeführt werden. Wenn aber das Syndikat in diesem Bestreben fortfährt, dann wird natürlich der Verbrauch von Briketts an den Küsten-

Industrie-Ekel!

Von Otto Paulus.

Um 1/6 Uhr morgens schreckt mich der Wecker aus unruhigem Schlaf. „Aufstehen. Zur Arbeit gehen.“ Mir ist so schwer heute. Es drückt und würgt in mir. Halb schlummernd döse ich, im Bette liegend, vor mich hin.

Bei der Vorstellung an meine Arbeit in der Fabrik wird mir bald übel. Und doch, ich muß ja Geld verdienen. Aber heute nicht. Rein. Heute gehe ich nicht zur Fabrik. Ich kann nicht. Alles in mir lehnt sich dagegen auf.

Still und einsam rang ich nach großen und tiefen Gedanken. In diesem Streben schenkt ich, was ich erworben. Sah glänzende Augen und fühlte, daß was Schönes uns verband. Fabrik hat all dies zerstört.

Ich bin so müde geworden. Meine stolze Kraft, die gebend und sich bringend die Tore neuen Lebens zeigte, ist am Schwenden. Tragisch ward mein Schmerz, da mit meiner Schwäche alles zerbrach, was mir im Menschen die neue Zeit kündete. Enttäuscht starrte ich in Menschen, die mir eben noch nah waren. Jede, entsehtlich öde ist alles.

Die ersten, schweren grauen Schleier des Grams steigen sichtbar in mein Schicksal.

Bist du stark genug, unermüdetlich Herz, diese dunklen Stunden zu überdauern?

Seele, bist du noch elastisch genug, um von neuem durch den Graben des Lebens zu waten?

Brecht herein, ihr dunklen Gewalten, ich will euch überwinden. In der Urgrundtiefe meines Jähns gedeiht edles Volles zu befreien der Tat. Tat. Tag der Erfüllung, dir gebe ich entgegen.

Mensch, was bäumst du dich in mir? Mit allen Fafern meines Wehens hältst du mich ab von der seelenlosen Vergeudung meiner Körperkraft.

Doch man nennt dies Arbeit.

Und Weib und Kind? Sollen sie verhungern?

Nein, nein, es kann nicht sein, Mensch in mir, beruhige dich.

Ich muß wieder in die Fabrik. Muß dich betäuben, Mensch in mir, damit ich Ruhe habe, um dich im großen Trott langsam zu morden.

Einige werden dadurch Gewinn verbuchen und Millionen wissen, was Not und Elend ist.

Was schreist du, Mensch?

Schönheit willst du geben?

Hörst du nicht das Stöhnen? Siehst du nicht die Fabrik, die uns festlauft?

Mensch stirb, eh' du geworden. Begrab dein edles Streben. Du mußt Maschine sein. Ruht ohne Leben leben.

Zwiespalt in meiner Seele. Hoffnungslos die Zukunft erscheint. Dunkel, dunkel alles um mich.

Ich weiß wohl, daß Frühling wird, doch ich ohn' ihn nicht. Ich weiß um Sommer und Herbst und reifende Frucht, ich weiß darum, doch ich fühle es nicht. Und die Schönheit, die Freude, die mich beseelet, ist wie die Liebe im Zwange des Seins untergegangen.

O, trostlos dieses Sein ohne Liebe. Alles, alles öde, starr und kalt.

Doch es muß sein. Also morgen. So rede ich es mir vor. Und möchte weinen und kann nicht. So dürr und öde ist's in mir. Würde dieser Tau aus meinen brennenden Augen fließen, mir wäre leichter. Wie schwer mir das ist, sich wieder reinfinden in das immer Tötende des Lebensdienens.

O, wie dürste ich nach Arbeit, die meinem eigenen Trieb entspricht. Wie muß das schön sein, so schaffen zu können, daß Herz und Sinn mitwohnen.

Aber, wenn man so müde, und das heisse Ding, die Seele so zerrissen ist, da entschwindet so leicht der sieghafte Glaube.

Wir ist so schwer, so furchtbar schwer. Eine einzige Qual, so steht mein Dasein jetzt vor mir.

Tragen und Dulden, das ist mein Schicksal. Doch soll's nicht so bleiben. Und so will ich dulden, mich daran machen, nach Befreiung zu streben.

Sirene, heule!

Ich werde wieder mit dabei sein. Werde um meinen Menschen kämpfen im innerwirrenden Räderlaufen. Denn ich will im starren Ruß, daß Befreiung komme.

Befreiung für alle Leidenden.

Ja, ja, Verstand und Vernunft, ein dürres Gerippe, ohne die Teilnahme des Herzens.

Vernünftig sein, wieder in die Fabrik gehen, ganz bestimmt wieder hingehen heute, so hatte ich mein Innerstes beschwört. Und bin doch nicht gegangen. Alles in mir sträubte sich, mein eigen Wesen schrie. Und doch ich muß und will und konnte doch nicht.

Was soll nun werden, was soll werden?

Ruhe, innere Ruhe, wie ersehnt ich dich. Möchte mich baden in der schönen Klarheit deiner unergründlichen Tiefe. Schon der Gedanke an die Wiederkehr inneren Gleichgewichts gautelt mir die unstilligsten Bilder freudigen Geschehens vor. Ich sehe mich schon fern des Fabrikgestöhns, verjüngt und kräftig vom eigenen Trieb befähigt, besetzte Arbeit leisten. Und diese Arbeit dient dem Volke.

Voll, dir dienen.

Welch Glücksgefühl reißt mich bei solchen Gedanken aus allen Schranken des mörderischen Zwanges.

Ja, jetzt fühlt ich's wieder, was mich emporträgt und die Quelle göttlicher Freude in mir sprudeln läßt.

Voll, dir dienen!

Etwas leichter ist es nun in mir. Hab' ich doch das Wieder-einfließen in das Seelenlose um zwei Tage verschoben und so der Dumpfheit Pforten vorläufig in das Unsichtbare gestellt. Frei fühlt ich mich nicht. Drücken tut's halt immer noch. Mit dem Schwenden der Stunden, steigt der unerträgliche Bürger, der gräßliche Riese amangswoller Arbeit heran, schmierigen Schatten in mir verbreitend. Rag's noch so schön in mir aufkeimen, dieser Koloss zertritt alles. Zertritt jeden Menschen. Zwingt zur Maschine. Mordet und produziert. Ründet aus tausend Sirenen heulend seine Nacht.

Ein Sonntag noch, dann aber wirklich wieder rein in die Hölle. Trieb es mich gestern zu Freunden und Wein und ernstem Gespräch, so ist einsam sein mir heute Bedürfnis. Nichts quält mich. Morgen werde ich über die Berge steigen und allen Miß aus mir heraus-schmeißen. Am Montag werde ich arbeiten, ganz bestimmt.

Sonntag und Wanderung war. Am Abend hab' ich für mein letztes Geld mich mit Wein betäubt, um Montag früh in die Kaserne einspringen zu können.

War's der Schlaf mit seinen schweren Träumen oder was sonst? Kurz und gut, ich wollte und wollte und ging doch nicht. Und Not und Elend sind die Titanen, die nun mit mir gehen. Hunger durchklappert nun morgens bis abends den Raum. Weib und Kind zeigen traurige Gesichter. Verzweiflung zerrißt in mir jeden Zusammenhalt.

Was Liebe, Traum und Hoffen in mir erbaut, bricht zusammen. Was noch ist, sind Trümmer.

Denken, ja das ist schwer. Doch in diesem Falle ist Handeln noch viel schwerer. Wie nun Lösung finden? Verhungern lassen? Das ist sinnlos und feige. Arbeiten, ja. Aber Arbeit, um drin aufzugehen, nicht um daran unterzugehen.

Mein Gang in die Fabrik ist unter den Verhältnissen mein Untergang. Jedoch was bleibt übrig. Das Ruß.

Leben, wo ist dein Sinn? Soll am harten Ruß der Mensch sich töten?

Leben!

Wo ich hinschaue, da ist Leben. So scheint es wenigstens. Doch genauer befehen, ich kann mir nicht helfen, möchte gerne sagen.

Agrarphilosophie.



„Die Fische sind wie meine Wähler. Beißen an jedem Köder fest — und merken gar nicht, daß ich sie nur in die Pfanne hauen will.“

es wäre ein Sterben, doch mit nichts, das Leben ist nichts anderes als ein grausames Töten.

Bist du als Mensch geboren und hast weiter nichts mitgebracht, wovon man satt werden kann, so mußt du dich verkaufen.

Doch weiß du mußt, morde langsam den Menschen in dir, damit du samst. Damit du schutzen kannst, essen, schlafen und Kinder zeugen. Denn wisse, man nennt dies das Leben.

Einfach fürchterlich ist meine Lage. Phantasiere und phantasiere, daß ich nun doch in die Fabrik muß, gehe aber nicht hin. Dabei werden die spärlichen Vorräte aufgezehrt, das bißchen Geld ist auch schon alle.

Wie die nächsten Tage durchbeißten? Und was tun? Was tun? Mit Erbitterung betrachte ich alle Handlungen um mich. Bin gereizt und finde keinen anderen Weg, als den, in die Fabrik. Welch faustdicke Lüge muß ich mir zuricht legen, um noch nicht als entlassen zu gelten. Um überhaupt wieder anfangen zu können.

Entlassen?

Nein, nur das nicht, jetzt in der Krise. Und wenn es doch so kommt? Selbstmord.

Das Einzige, das erlöst. Doch ist dies nicht feige?

Ich weiß nicht recht, was hier feige wäre, dies Leben, oder dies Sterben.

Nein, nein, am Leben bleiben, um jeden Preis. Es kann, es darf ja nicht immer so bleiben.

So, jetzt wäre ich wieder da, wo ich immer hinkomme, am dunklen Hintergrund des Seins, am Ruß.

Hart und schwer der Kampf in mir.

Bin wieder dabei. Durch die dunklen Strahlen im rhythmischen Rauschen eilender Arbeiter stampfe ich mit.

Kampfwille und Sehnsucht nach unbekanntem Dingen begleiten mich durch die Tore in die Fabrik.

Trotz Not und Qualen wieder Zukunftsglauben. Heiliger Glauben an das Volk.

Heute, Sirene!

Seltene Geldarten.

Schinken und Kakao als Geld.

Nach der langen Alleinherrschaft des Papiergeldes, das in der Inflationszeit zu einer wahren Sintflut angeschwollen war, gewöhnen wir uns jetzt langsam wieder an den Gebrauch des Hartgeldes und bekommen damit auch wieder eine größere Achtung vor diesem „Blut der Wirtschaft“, das in der Zeit der Papierherrschaft so arg „vermässert“ worden war. Schon Heine hat das Geld den „Gott unserer Zeit“ genannt, und über die entscheidende Rolle, die dieser „Herr der Dinge“ in unserem Leben spielt, sind wir uns ja alle klar. Aber was nun eigentlich Wesen und Bedeutung des Geldes ist, woher es kam und wie es wurde, darüber sind unendlich viele Theorien aufgestellt worden. Eine klare und erschöpfende Einführung in dieses weitschichtige Gebiet bringt uns ein neues eigenartiges Buch: „Das Geld. Seine geschichtliche Entstehung und gesellschaftliche Bedeutung“ von Dr. Robert Eisler, das im Verlag der Diatypie G. m. b. H. erschienen ist. Wir können hier die Entstehung des Geldes in seiner Entwicklung aus fernem Vorzeiten bis in die Gegenwart verfolgen und erkennen, wie es als vom Staate geprägtes Zahlungsmittel allmählich aus der Epoche des Tauschhandels emporwuchs. Zunächst benutzten die Menschen das als Geld, was ihnen auf der von ihnen erreichten Kulturstufe als wertvolle Ware erschien. So gibt es Getreidegeld, das schon in altägyptischen Roggenüberweisungen auftaucht und in den deutschen Getreidegutshelmen der allerneuesten Zeit wiederkehrt. Auch Weingeld war beliebt, besonders bei den Germanen, die „immer noch eins tranken“ und alle ihre Wirtschaftsüberschüsse gegen den feurigen Wein eintauschten, den der römische Hausierer nach Germanien brachte. Viel verbreitet und heute noch in primitiven Wirtschaftformen üblich ist das Viehgeld, bei dem schon im Altertum die Schweine eine Hauptrolle spielten. Schweinsköpfe und ganze Schweine auf altrömischen und altgallischen Münzen erinnern daran, und die Gallier, deren Schweinschinken berühmt waren, hatten sogar schinkenförmige Münzen, woraus sich schließen

läßt, daß sie ihre Schinken als Dauerware an Geldesstatt verwendeten. Das Häute- und Ledergeld ist bei vielen Völkern nachweisbar. Bei Homer laufen die Ägäer Wein um Stierhäute, und die Kreter hatten ein Geld, das in haufartigen Metallbarren bestand. Beim Ledergeld wurden die Häute mit staatlichem Stempel versehen. Es gab auch Münzen in Form von Lederschilfen, und selbst Schuhsohlen haben als Geld gedient, woran noch die Form des chinesischen „Schuhgeldes“ gemahnt. Bei den Chinesen gab es auch ein eigenartiges Fellgeld, das aus der Haut der seltenen weißen Hirsche im Park des chinesischen Kaisers gewonnen wurde. Die Jägervölker verwendeten vielfach Felle als Geld, worauf vielleicht noch unsere Bezeichnung „Goldfische“ hinweist. Daß die Fischer ursprünglich mit „Fischen“ zahlten, zeigen die zahllosen fischförmigen Münzen; in Island war der Stodfish noch im 18. Jahrhundert Scheidemünze, und als Geld der Bewohner des Tibulandes hat man getrocknete Fische gefunden.

Völker, die noch auf der Stufe des bloßen Sammelns von Nahrung standen, haben alle möglichen Früchte als Geld benutzt, so in Bolivien und Peru die Kolanüsse, anderwärts den Pfeffer und im alten Mexiko die Kakaobohne. Noch heute vertreten in Guatemala diese Bohnen das Kleingeld. In Tibet sind Kolanüsse als Geld üblich, und in China hat man Tabak- und Tee-geld. Besonders eigenartig ist der „Ziegler“ der Tibetener, in Ziegelform gepreßter Teaball, aus dem man ein Getränk bereitet und der die gangbarste Münze ist. Schon Marco Polo berichtet von dem chinesischen Salzgeld, das wohl schon in vorgeschichtlicher Zeit auftrat und noch heute in Abessinien und Argentinien benutzt wird. Die Abessinier führten solches Salzgeld früher immer in langen Stangen bei sich, und wenn sich zwei Freunde begegneten, so zog jeder sein Salzstück heraus und ließ den anderen zum Gruß daran lecken. Eine andere große Klasse primitiven Geldes ist das Kleidergeld, das bald in ganzen Frauen-gewändern, bald in Mänteln oder Zeugstücken besteht. Von diesem führt ein Weg zum Papiergeld in dem merkwürdigen „Lapa“ von Fohnesien, das aus Bast des Papiermalerbaumes hergestellt wird. Ueberaus zahlreich ist das Schmuckgeld. Da gibt es das melanesische Federgeld, dann das weitverbreitete Knöchel- und Zahngeld, zu dem Tierknochen oder bestimmte Zähne von Hunden und Ebern verwendet werden. Graufig ist das Schädelgeld, das in Asien aus Schädeln von Tieren, bei den Dajaks aber aus verzierten Menschenschädeln bestand. Einen sehr weiten Umkreis der Geltung besaß das Muschelgeld, das bereits in vorgeschichtlichen Funden nicht selten ist und dann in Babylonien, Ägypten und China auftaucht. Am häufigsten ist dazu die Kaurischnecke benutzt worden, und wir können heute die Handelswege des Kaurigeldes im Altertum genau verfolgen. Varianten sind das an Fäden aufgereichte Muschelgeld in Ozeanien und das Bampun der Indianer, das ursprünglich ein Schmuckstück war. Noch eigenartiger ist das sogenannte „Fah“, das aus Aragonit bestehende Schein-geld der Jap-Infuloner, das aus mächtigen, mahlsteinartigen Scheiben besteht und auf Tragstangen mit großer Mühe transportiert wird. Die größten dieser „Geldstücke“ sind über 4 Meter breit, haben besondere Namen und sind unveräußerliches Gemeingut. Als Geld werden auch überhaupt die meisten Schmuckgegenstände verwendet, so Schilfpapir und Glasperlen. Das afrikanische Perlgeld besteht in Buntperlen, die in ferner Vorzeit eingeführt oder irgend-wo erbeutet waren. Da glänzendes Metall als Schmuck stets gesucht war, so ist von hier der Uebergang zum Metallgeld gegeben, das dann allmählich die Vorherrschaft erlangte.

Mischehen bei Vögeln. In der freien Natur ist es eine seltene Erscheinung, daß Vögel verschiedener Art zu einer Mischehe zusammenkommen. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit wird dies nur beim sog. Radelhuhn beobachtet, das aus einer Verbindung von Auerhahn und Birzhuhn hervorgeht. Auch diese Vermischung zweier Arten tritt nur unter ganz besonderen Bedingungen ein, die seltener bei uns in Deutschland, häufiger aber in Skandinavien vorhanden sind. In der Gefangenschaft kommt es schon leichter vor, das Mischehen mit Erfolg geschlossen werden — es sei nur an die Kanarienvögel erinnert, die sich unter Beobachtung gewisser Vorrichtungsregeln leicht mit verschiedenartigen Finkenvoegeln verbinden lassen. In den Zoologischen Gärten — also auch unter nicht ganz natürlichen Umständen — gehen nicht selten verschiedene Arten von Vögeln Mischehen ein, und besonders merkwürdig ist die Verbindung zwischen einem chinesischen Bis mit einem Löffelreihervogel. Das Junge trug Merkmale beider Eltern; von der Mutter hatte es das weiße Gefieder und den befiederten Hals und Kopf (welche beim Vater nackt sind) geerbt, und vom Vater die Gestalt und den langen Schnabel, der aber ähnlich wie bei der Mutter löffelartig verbreitert war. Unsere einheimischen Singvögel haben dagegen sehr geringe Neigung zu derartigen Eheschließungen. Ueber einige Fälle, die er selbst beobachtet hat, berichtet Prof. W. Goetsch vor einiger Zeit. Ein Buchfinkenmännchen und ein Grünfinkenweibchen bauten in der Gefangenschaft ein Nest, erhielten aber keine Nachkommenschaft, da die Eier unfruchtbar blieben. Im letzten Frühjahr beobachtete Prof. Goetsch ein Buchfinkenmännchen, das sich an ein Buchfinkenweibchen angeschlossen hatte. Vermutlich hatte das Männchen den Zeitpunkt der Rückkehr nach dem Norden verpaßt und wurde bei uns gewissermaßen vom Fortpflanzungstrieb überfallen. Am schönsten wurde bisher eine Mischehe zwischen einem Kohlmeisenmännchen und einem Tannenmeisenweibchen beobachtet; das ungleiche Paar erfreute sich einer zahlreichen Nachkommenschaft. Die beiden Eltern sind vermutlich Ueberreste zweier Paare, die schon jahrelang nebeneinander an derselben Stelle nisteten. Sie waren beide zur gleichen Zeit „verwitwet“, und bei der großen Anhänglichkeit der Vögel an ihren Brutplatz und dem Anlehnungsbedürfnis der Weibchen ist es wohl denkbar, daß sich die beiden vermittelten Vögel zusammen-gelassen haben.

Die Erfindung der Margarine. Die Margarine, welche heute ein fast über die ganze Erde verbreitetes Nahrungsmittel darstellt, verdankt ihre Erfindung keinen Anderen als Napoleon III. Er brauchte ein Aufstrichmittel, das billiger als Butter war und doch deren Eigenschaften besaß — nicht für sich und seine Hofhaltung freilich, sondern für seine Soldaten, Kohlrübenmarmelade, diesen gefunden Fetterstoff des „Großen“ Krieges, konnte man damals noch nicht. So erließ Napoleon III. ein Preisausschreiben, das auch ein Erfolg getrieben war. Die hierin bezeugte Aufgabe, ein Ersatz-mittel zusammenzustellen, das vor allen Dingen nicht ranzig wurde, ebenso ausnahmslos wie die Butter und doch als Ausgangsmaterial ein weniger wertvolles Fett benutzte, wurde von einem Franzosen zur vollen Befriedigung des Kaisers gelöst. Der Erfinder war von Beruf Chemiker und untersuchte erst einmal, bevor er an die Lösung des Problems ging, das Material, das er nachahmen sollte. Als Ursprungssubstanz für den Buttererlag benutzte er dann den Rinder-talg, während heute die Margarine aus Pflanzenfetten hergestellt wird und deshalb bedeutend nollwertiger ist, als die damals im Heere Napoleons III. gebräuchliche. Das Pflanzenöl, wie es auch im Handel zu haben ist, wird mit fetteren Fetten in entsprechender Weise gemischt und ergibt noch Zufuß von bestimmten Salzen und gewissen Farbstoffen die Margarine. Kleinere Mengen von Milch und Sahne, die nach den Vorschriften hinzugegeben werden können, verbessern den Geschmack und erhöhen den Nährwert. Ein ganz geringer Zusatz von Selamöl, das nach Regierungsvorschriften beigemischt werden muß, erleichtert die chemische Unterscheidung von Butter und Margarine; denn das Selamöl gibt nämlich bei der Untersuchung mit verschiedenen Chemikalien eine sehr einfache Farb-stoffreaktion, so daß eine Verfälschung der Butter mit Margarine ohne Schwierigkeit zu erkennen ist.

